Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37. Sonnabend, den 13. Februar 1897. 4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

Berlin, 11. Februar.

173 Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Berathung des Antrages Auer auf Einführung des Normalarbeitstages und des Unterantrages Hitze auf Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Fabriken auf höchstens 63 Stunden wöchentlich.

v. Buttkamer-Plauth (K.): Alles, was von der Sozialdemokratie gefordert wird, erfüllt uns mit einem gewissen Mißtrauen. Wir werden in diesem Mißtrauen noch durch die Ergebnisse des Hamburger Streiks bestärkt. Dort ist eine Arbeiterschaft, die verhältnißmäßig gute Löhne bezog, durch die sozialdemokratischen Hetzereien in's tiefste Elend gestürzt worden. Sie (nach links) bestreiten ja daß Ihre Partei an dem Streik betheiligt war. Ihre Presse hat aber in den letzten Tagen, nach dem der Streik verloren war, ein wahres Triumphgeheul angestimmt. Das deutet doch auf Ihre Betheiligung an dem Ausstande. Sie sind auch daran Schuld, wenn wir an alle die Fragen, welche die Fürsorge für die Arbeiter betreffen, nicht mehr mit der früheren Unbefangenheit herantreten können. Uns scheint der Zweck des Antrages, die Arbeiter ganz von dem Einflusse des Unternehmers zu befreien, deshalb können wir uns nicht auf den Boden des Antrages stellen. Die deutsche Industrie kann eine achtstündige Arbeitszeit nicht vertragen. Verhindern Sie den Zuzug der Arbeiter nach den großen Städten, dann nützen Sie den Arbeitern mehr als durch diesen Antrag. Dieser widerspricht dem deutschen Volkscharakter; es giebt viele Arbeiter, die von ihm gar nichts wissen wollen. Der deutsche Volkscharakter geht dahin, durch eigene Kraft sich mehr zu verdienen als die Allgemeinheit. Wir können keinen Unterschied zwischen körperlicher und geistiger Arbeit machen. Wir alle sind Arbeiter, wenn auch geistige, und die Herren von der Sozialdemokratie sind ja jetzt meist auch geistige Arbeiter und sie werden ja selbst fühlen, wie geistige Arbeit anstrengt. Wir stehen noch immer auf dem Boden der kaiserlichen Erlasse. Von nichterfüllten Versprechungen in diesen Erlassen kann aber nicht die Rede sein. Das wäre ja gegen den konstitutionellen Staat sein. Es kann sich in den kaiserlichen Erlassen nur um allgemeine Anregungen handeln. Die Regierung thut ja überdies genug in Sozialreform. Der Bundesrath geht viel zu bereitwillig auf sozialdemokratische Wünsche ein. Einen Beweis liefert die Bäckereiverordnung. (Sehr richtig! rechts.) Diese Verordnung hat das Kleingewerbe erheblich geschädigt. Man reglementirt Alles nach Berliner Verhältnissen, aber in der Provinz wohnen auch noch Leute. Wenn in anderen Ländern kürzere Arbeitszeit herrscht, so liegt das an den verschiedenartigen Verhältnissen. In England kann der Arbeiter mehr leisten, weil er besser lebt. Wir werden uns von unserem wohlerwogenen Standpunkt nicht abbringen lassen, wir haben die Ueberzeugung, daß der bessere Theil der deutschen Arbeiter hinter uns steht. Wir bieten nicht die Hand zu einem Agitationsobjekt und lassen uns nicht durch die Popularität der Idee verlocken. Wir stimmen gegen den Antrag.

Hüpeden (Nat.-Soz.): Die beiden Anträge unterscheiden sich dadurch von einander, daß der Abänderungsantrag Hitze die Wohlthaten des Normalarbeitstages nur den Fabrikarbeitern zu Gute kommen lassen will, während der Achtstundentag vom Antrag Auer ganz allgemein gefordert wird. Darin liegt aber grade der Mangel dieses Antrages. Deshalb ist er für mich nicht diskussionsfähig. Ebensowenig wie man ein Pfund Eisen einem Pfund Gold gleichsetzen kann, nur weil beide Metalle in der Menge eines Pfund vorhanden sind, ebensowenig kann man die schwere achtstündige Arbeit eines Bergarbeiters irgend einer leichten Thätigkeit gleichsetzen. Der Achtstundentag ist ein Ziel, das noch in weiter Ferne liegt, man muß mit dem Zehnstundentag beginnen. Gegen den Antrag Hitze sind deshalb weniger Einwendungen zu machen. Prinzipiell wird gegen ihn eingewendet, daß er die Freiheit des Einzelnen einschränkt. Aber eine solche Einschränkung der Freiheit ist auch bei der Sonntagsruhe und beim sanitären Maximalarbeitstag bereits vorhanden. Es handelt sich immer nur um die Frage, ob eine solche Einschränkung im Interesse der Gesellschaft liegt. Das ist der Fall. Auch der erwachsene männliche Arbeiter bedarf des Schutzes. Wer ihm Freiheit geben will, muß ihm den Rücken stärken. Hierzu sind zwei Wege vorhanden: Organisation und Staatshülfe. Ich schätze die erstere höher als die letztere, aber beide schließen sich durchaus nicht aus. Man sagt, die Arbeiter wissen mit ihrer freien Zeit nichts anzufangen, deshalb soll man sie ihnen nicht geben. Da muß man denn doch mehr Vertrauen zu den gesunden Lebensmächten im Volke haben. Gebt dem Arbeiter nur freie Zeit, er wird sie schon gut anzuwenden lernen. Es ist erwiesen worden, daß gerade lange Arbeitszeit zur Trunksucht führt. Grade beim Hamburger Streik hat sich deutlich gezeigt, welcher Fehler es ist, daß den Arbeitern eine gesetzliche Organisationsform fehlt. Dem Abgeordneten Heyl v. Herrnsheim, der dem Pfarrer Naumann einen Platz unter den Sozialdemokraten anweisen will, erwidere ich, daß es Tausende im deutschen Volke mit Freuden begrüßen würden, wenn dieser edle Mann im Reichstage säße. Wo er seinen Platz nehmen würde, das ist seine Sache. Jedenfalls besteht zwischen ihm und der Sozialdemokratie eine tiefe Kluft. Früher hat man gesagt, man bekämpfe die Sozialdemokratie nicht weil sie sich der Arbeiter annehme, sondern weil sie den Thron und die Gesellschaft umstürzen wolle. Jetzt kommt eine Partei, die auf monarchischem und reformatorischem Boden steht und sich der Arbeiter, nach meiner Ansicht allerdings in einseitiger Weise, annimmt. Und trotzdem bekämpft man sie jetzt wie die Sozialdemokratie! Die Haltung des Pfarrers Naumann auf dem christlichen Bergarbeiterkongreß war durchaus richtig. (Redner wird vom Präsidenten zur Sache gerufen.) Die Sozialdemokratie rühmt sich, auf zwei Beinen zu marschiren, die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse zu pflegen. (Redner wird zum zweiten Male vom Präsidenten unter Hinweis auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen zur Sache gerufen.) Ich empfehle den Eventual-Antrag Hitze zur Annahme, der Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit wünscht.

Frhr. v. Hertling (Z.) hat gegen den Antrag Auer sehr erhebliche Bedenken, so sehr er auch einer Verkürzung der Arbeitszeit geneigt ist. Das schwerwiegendste ist Folgendes: Der Antrag Auer beschränkt sich auf die Industriearbeiter, die Landarbeiter läßt er wohlweislich aus. Erhielten die Industriearbeiter den gesetzlichen Achtstundentag, so wäre die Inferiorität der Landarbeiter gesetzlich festgelegt; sie wären dauernd zu langer Arbeitszeit verurtheilt. Das würde den beklagenswerthen Arbeitermangel auf dem Lande noch verschärfen. (Sehr richtig! rechts. Die Tendenz der industriellen Entwicklung geht auf Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Tendenz wird wirksam durch die Güte und Einsicht der Unternehmer und durch die Organisation der Arbeiter. Lange Zeit ist ein Zusammenwirken der Unternehmer und Arbeiter in festen berufsgenossenschaftlichen Organisationen mein Ideal gewesen. Ich fürchte aber, daß das Mißtrauen der Arbeiter und der demokratische Zug der Zeit diesem Ideal widersprechen und es nicht zur Wirklichkeit werden lassen. Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß sich die Arbeiter lieber in eigenen Organisationen zusammenthun. Die Hauptaufgabe dieser Organisationen ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Wir werden uns diesen Zug der Zeit nicht entziehen können. In den letzten Jahren hat sich eine wesentliche Verschiebung der Ansichten geltend gemacht. Früher schrie man über jeden wirthschaftlichen Zwang Zeter als über einen Eingriff in die individuelle Freiheit. Heute ist man, wie es scheint, beim entgegengesetzten Extrem angelangt und es fragt sich, ob man nicht eine weitere Ausdehnung des wirthschaftlichen Zwanges verhindern soll. Von jeher habe ich vor allzuweiter Ausdehnung dieses Zwanges gewarnt, von jeher bin ich aber für ein gewisses Maß dieses Zwanges eingetreten. Ich halte auch heute noch dafür, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter z. B. staatlich geschützt werden müssen. Mit Recht hat mein Kollege Hitze ausgeführt, daß Arbeit über 10 Stunden hinaus gesundheitsschädlich wirkt. Aus diesem Grunde habe ich den Antrag Hitze unterstützt. Wir sind, glaube ich, vollständig in der Lage, den Inhalt unseres Antrages gesetzlich durchzuführen. Falls Sie aber unserem Antrage nicht zustimmen wollen, so stimmen Sie, bitte, wenigstens einem zweiten Antrage unserer Partei zu, in welchem wir die verbündeten Regierungen ersuchen:

1) Erhebungen — insbesondere unter Befragung der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Krankenkassen-Vorstände und Aerzte, sowie durch Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditäts-Anstalten — darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird;

2) auf Grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine solche Gesundheits-Gefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120e Abs. 3 der Gewerbeordnung durch entsprechende Verordnungen die Arbeitszeit zu regeln.

von Kardorff (RP.): Falls die Herren Hitze und Hertling ihren ersten Antrag zurückziehen wollen, werden wir gern für ihren zweiten Antrag stimmen, denn dieser entspricht ungefähr Dem, was wir auch in dieser Frage für nöthig halten. Was die Behauptung des Abg. Fischer anlangt, die kaiserlichen Erlasse seien noch nicht erfüllt, so ist sie ganz unrichtig. Selbst Herr v. Berlepsch hat das nicht behauptet. Herrn Hüpeden möchte ich aber erwidern, daß der Rücktritt des Herrn v. Berlepsch wohl hauptsächlich erfolgt ist, weil seine Ansichten über die Organisation der Arbeiter nicht mit denen der übrigen Regierung übereinstimmten. Die Reduktion der Arbeitszeit in den Bäckereien hat im Lande einen sehr üblen Eindruck gemacht. Sie charakterisirt sich als ein Bückling vor der Sozialdemokratie. Das gute Verhältniß zwischen Meistern und Gesellen ist vollständig verschwunden, die Gesellen, die früher nicht Sozialdemokraten waren, sind es nun, die Verordnung gegen die Bäckereien hat den Sozialdemokraten Muth gemacht zu diesem agitatorischen Antrage. Herr Bebel mag ihn für einen evolutionistischen halten, wir halten ihn für revolutionär. Was hat den Antrag hervorgerufen? Die Herren haben das Bedürfniß, nach dem grenzenlosen Fiasko des Hamburger Streiks sich zu rehabilitiren. Um die Massen zu verführen, ist der Antrag gestellt. (Beifall rechts, Lachen links.)

Rösicke-Dachnicke (FVg.) beantragen, den Abs. 2 des zweiten Antrages Hitze wie folgt zu fassen:

„Auf Grund dieser Erhebungen für diejenigen Betriebe, in welchen eine solche Gesundheitsgefährdung vorliegt, durch Verordnung auf Grund des § 120e Abs. 3 der Gewerbeordnung oder durch Reichsgesetz die Arbeitszeit zu regeln."

Hilpert (bayer. Bauernbund) erklärt sich gegen den Antrag Auer und für den Antrag Hitze.

Rösicke (wildl.): An sich hat der Antrag Auer nichts mit sozialdemokratischen Prinzipien zu thun. Ich kann auch nicht anerkennen, daß mit diesem Antrage nur die sozialdemokratische Agitation gefördert wird. An sich habe ich auch nichts einzuwenden gegen einen gesetzlichen Eingriff in die Freiheit der Unternehmer, auch was die Arbeitszeit anlangt. Trotzdem bin ich gegen den Antrag Auer, weil ich glaube, eine so plötzliche und starke Reduktion der Arbeitszeit kann auch für die Arbeiter nicht günstig ausschlagen. Die Frage muß international geregelt werden; ich glaube nicht, daß die anderen Staaten, wenn Deutschland den Anfang macht, nachfolgen würden. Die Differenz zwischen der durchschnittlichen heutigen Arbeitszeit und der von den Sozialdemokraten geforderten achtstündigen ist so groß, daß bei Einführung der letzteren die Preise unverhältnißmäßig in die Höhe gehen würden. Die Herren Sozialdemokraten haben, glaube ich, den Antrag nur eingebracht, um zu zeigen, daß die „reaktionäre Masse" der übrigen Parteien den berechtigten Forderungen der Arbeiter Widerstand entgegensetzt. Ja, ich glaube, wenn die Sozialdemokraten hier die Majorität hätten, würden sie gegen ihren eigenen Antrag stimmen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dazu halte ich denn doch die Herren für zu gute Wirthschaftspolitiker. Es ist grade umgekehrt wie bei den Arbeiterschutzgesetzen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, weil sie doch wußten, daß die übrigen Parteien sie annehmen würden. Jetzt stimmen sie für den Achtstundentag, weil sie wissen, daß er doch abgelehnt werden wird. Nur eine allmälige Herabsetzung der Arbeitszeit ist möglich, nicht ein so plötzlicher Sprung. Uebrigens halte ich auch eine Lohnreduktion für die nothwendige Folge des Achtstundentages. Da die Produktion dadurch vertheuert wird, werden sich die Unternehmer durch Lohnreduktion schadlos zu halten suchen. Ich bezweifle, daß die Arbeiter die genügende Macht haben, sich gegen eine solche Verkürzung des Lohnes zu wehren. Haben doch die letzten Lohnbewegungen immer mit dem Fiasko der Arbeiter geendet. Auch würde Vermehrung der Nachtarbeit und des sonst von den Sozialdemokraten bekämpften Akkordsystems die Folge des Achtstundentages sein. Logisch wäre es gewesen, wenn die Sozialdemokraten ihren Antrag dadurch ergänzt hätten, daß sie den Unternehmern die gesetzliche Pflicht auferlegen verlangt hätten, nach Einführung des Achtstundentages die jetzigen Löhne nicht zu kürzen. Würden sich dann aber noch Unternehmer finden, die unter solchen Bedingungen ihren Betrieb aufrecht erhalten wollten? Grade der Umstand, den der Abgeordnete Fischer selber angeführt hat, daß noch in vielen Betrieben Arbeitszeiten von 13, 14 und 15 Stunden existiren, spricht gegen den Achtstundentag. Auch für den Antrag Hitze kann ich mich nicht zu stimmen entschließen. Es ist in ihm nur von Fabriken die Rede. Der Begriff Fabrik steht aber noch gar nicht fest. Ich sehe auch nicht ein, weshalb nur die Fabrikarbeiter die 63stündige Wochenarbeit haben sollen. Die Verhältnisse sind in den einzelnen Gegenden Deutschlands so verschieden, daß schon dadurch eine einheitliche Regelung ausgeschlossen ist. Beredter, wie heute der Abg. v. Hertling eigentlich gegen den Antrag seiner Fraktion sprach (Sehr richtig!) kann man nicht sprechen. Daß die Frage der Arbeitszeit wichtig ist, gebe ich zu. Bei einer plötzlichen Reduktion der Arbeitszeit auf acht Stunden würde allerdings ein Theil der Arbeiter nicht wissen, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen sollten. Aber bei einer allmäligen Reduktion fällt dieser Grund fort. Nach meinen Erfahrungen benutzen die Arbeiter die freie Zeit nicht dazu, in die Kneipe zu gehen, sondern zu ihrer Weiterbildung. Der Bildungstrieb ist bei den Arbeitern sehr stark. Nur die Sozialdemokraten nehmen sich dieses Bildungstriebes an. Wer von uns geht denn in Arbeiterversammlungen? Und wenn es ein Professor oder Pastor thut, so wird er sofort Sozialdemokrat gescholten (Abg. Hüpeden ruft: Hört! hört!) Für eine allmälige Verkürzung der Arbeitszeit bin ich durchaus. Ich kann aus meinem Betriebe berichten, daß in einzelnen Fällen in der kürzeren Arbeitszeit in der That mehr geleistet worden ist, als bei der längeren. Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, das war bei einer allmäligen Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn, von zehn auf neuneinhalb Stunden. Mit dem Eventual-Antrag Hitze bin ich insoweit einverstanden, daß der Absatz 2 so gefaßt werden muß, wie ich vorgeschlagen habe. Die Hauptsache scheint mir zu sein, daß den Arbeitern das freie Koalitionsrecht gewahrt bleibt, und ich bedaure, daß den Arbeitervereinen noch immer kein Korporationsrecht gewährt ist. Viele Streiks der letzten Zeit wären rascher beendet worden, wenn eine berechtigte Vertretung der Arbeiter vorhanden gewesen wäre. Ich finde es sehr begreiflich, wenn die Arbeiter mit allem Nachdruck betonen, daß die Verheißungen der kaiserlichen Botschaft in dieser Hinsicht noch nicht erfüllt sind.

Von dem Abg. Förster (Antis.) ist der Antrag eingelaufen, in den Antrag Hitze hinter den Worten „in Fabriken" einzuschalten „und im Verkehrswesen."

Graf Stolberg (K.): Gegen den Antrag Auer brauche ich, nachdem so viel dagegen gesprochen worden, nichts mehr einzuwenden. Ich will nur nochmals betonen, daß ein Maximalarbeitstag für erwachsene Arbeiter in den kaiserlichen Erlassen nicht versprochen ist. Redner polemisirt im Weiteren gegen den Antrag Hitze, den er für überflüssig und schädlich erklärt. Für den Eventualantrag Hitze will Redner dagegen stimmen, der Antrag Rösicke aber sei unannehmbar.

Schall (K.): Wir nehmen den sozialdemokratischen Antrag nicht ernstlich. Die Herren werden mit dem Erfolg ihres Antrages auch wenig zufrieden sein. Ich will nun noch die Gelegenheit benutzen, mich von einer Gemeinschaft mit dem Pastor Naumann gründlich und gänzlich loszusagen. Ich halte es für gefährlich, wenn ein Diener der Kirche dazu auffordert, mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache zu machen. Wenn Herr Hüpeden den Wunsch ausgesprochen hat, Herr Naumann möge im nächsten Reichstage hier einen Platz einnehmen, so will ich wünschen, daß er bis dahin den Pastor gänzlich abgestreift hat. Das Gefühl dieser Kollegialität wäre mir peinlich. Ich wundere mich auch, daß die oberste Kirchenbehörde noch nicht gegen den Pastor Naumann eingeschritten ist. (Vizepräsident Schmidt unterbricht den Redner, Herr Hüpeden sei zur Sache gerufen worden, er könne ein Eingehen auf diese nicht zur Sache gehörige Angelegenheit auch nicht gestatten.) Redner führt schließlich aus, daß die Staatsbetriebe, z. B. die Spandauer Militärwerkstätten sich immer mehr zu Musterbetrieben auswüchsen. Er sei schon gegen den Antrag, weil er von der Sozialdemokratie komme, welcher gegenüber man besonders kritisch sein müsse. Gegen eine Partei, welche gar nichts auf Moral und Christenthum gebe, habe er großes Mißtrauen. (Beifall rechts.)

Legien (SD.): In der Debatte sind zwei Richtungen zum Ausdruck gekommen. Die Einen wollen die Lebenshaltung der Arbeiter durch die Gesetzgebung heben, die Anderen durch die Koalition der Arbeiter. Da die Regierung nicht vertreten ist und nicht das Wort ergriffen hat, so scheint es, als wolle sie von beiden Arten nichts wissen! Unser Antrag ist durchaus nicht nur agitatorisch gemeint. Da die Tendenz thatsächlich auf Verkürzung der Arbeitszeit geht, da einzelne Betriebe schon den achtstündigen Arbeitstag eingeführt haben, oder sich seiner Grenze bereits nähern, war es für uns durchaus unmöglich, einen anderen Antrag zu stellen, als den auf Einführung des Achtstundentages. Agitatorisch wird der Antrag nur insofern verwerthet werden, als Sie sich ihm widersetzen. Der Abg. Hitze erklärte es für echt sozialdemokratisch, einzelne günstige Erfahrungen, die man mit dem Achtstundentag

gemacht hat, zu verallgemeinern und nun die allgemeine Ausdehnung dieser Einrichtung zu verlangen. Ich bin der Meinung, daß die Gesetzgebung nothwendig da eingreifen muß, wo die Einsicht der Fabrikanten nicht so weit reicht, dem nachzueifern, was einzelne bereits mit Glück eingeführt haben. Das allgemeine Eintreten des Abgeordneten von Hertling gegen den Normalarbeitstag stand in ganz bestimmtem Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Hitze. Das sind die zwei Seelen, die in der Brust des Zentrums wohnen; Frhr. von Hertling als Vertreter des Unternehmerthums (Lachen im Zentrum) und Herr Hitze als Vertreter der Arbeitnehmer. Die ganze Zusammensetzung des Zentrums ist ebenso, daß sie diese verschiedenartige Stellungnahme in verschiedenen Fragen erfordert. Das Zentrum müßte doch mindestens darauf bedacht sein, mit aller Energie das volle und freie Koalitionsrecht der Arbeiter durchzuführen, wenn man schon von gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit absieht. Aber nichts von dem geschieht. Wie stimmt die Stellungnahme der Herren im Parlament zu der auf dem Bergarbeitertage in Bochum, wo sie einer achtstündigen Schicht zustimmten? Es giebt eine ganze Anzahl von Industrien, wo Arbeitsthätigkeit und Material mindestens so nachtheilig auf die Gesundheit einwirken wie die Bergarbeit. Sieht man als richtig an, was Herr Hitze hier anführte, so sollte man auch konsequenter Weise den Schritt thun, der nothwendig ist, um die anerkannten Schäden zu beseitigen. Bei der Normalarbeitswoche würde sich die Eintheilung der Arbeitszeit jeder Kontrole entziehen. Es wäre möglich, daß dann Arbeiter mehrere Tage hintereinander Tag und Nacht beschäftigt würden; eine solche Normalarbeitswoche würde dem Arbeiter wenig nützen; grade die regelmäßige Arbeit erhält die Gesundheit. Außerdem aber schließt der Antrag des Zentrums eine ganze Anzahl von Gewerben von seinen Wohlthaten aus; wir können also nur das Prinzip des Antrages anerkennen, nicht seine Durchführung. Herr Hitze meinte, eine größere Verkürzung der Arbeitszeit würde eine Reduktion der Löhne zur Folge haben, und Herr v. Stumm befürchtet eine Verringerung der Arbeitsleistung. Ich kann beide Folgerungen nicht als zwingend anerkennen. Eine österreichische Statistik, die mir vorliegt, beweist die Zunahme der Förderung in Kohlenbergwerken bei verkürzter Arbeitszeit und ein beträchtliches Steigen des Arbeitsverdienstes. Aus einer Reihe anderer Statistiken führe ich Ihnen nur die der Schweiz vor, wo sich herausgestellt hat, daß grade bei der längsten Arbeitszeit die niedrigsten Löhne gezahlt werden; die Textilindustrie mit durchschnittlich 11stündiger Arbeitszeit hat erheblich geringere Löhne als die Maschinenindustrie mit 10stündiger. Der kürzesten Arbeitszeit entspricht der höchste Lohn. Man hält uns immer das Ausland entgegen. Wir stellen aber unseren Antrag grade auch mit Rücksicht auf das Ausland, weil dasselbe durch umfangreiche Einführung des Achtstundentages in seiner Konkurrenz gefährlicher geworden ist. Der Einwand, wir würden bei kürzerer Arbeitszeit weniger konkurrenzfähig sein, ist deshalb in keiner Weise stichhaltig. Die kürzere Arbeitszeit erhöht die Produktion und steigert die Qualität der Waare. Der englische Handelsminister Mundella hat neulich die Ueberlegenheit der englischen Industrie daraus erklärt, daß die Nationen des Auslandes an ihrer langen Arbeitszeit festhalten. Schon aus diesem Grunde allein müßte man schon für verkürzte Arbeitszeit eintreten. Die Herren Schall und [illegible] erklären, daß man doppelt vorsichtig sein müsse bei Anträgen, die von der Sozialdemokratie kommen. Ja, sollen denn überall und überall nur die Interessen der besitzenden Klassen zum Ausdruck kommen? (Sehr wahr! links.) Die Sozialdemokratie soll auch hier wieder nur hetzen wollen, wie sie es beim Hamburger Streik gethan. Die Sozialdemokratie hat nie Veranlassung gehabt, zu einem Streik zu hetzen oder einen Streik herbeizuführen. Es ist bewiesen, daß immer andere Kräfte im Spiele waren. Nicht die Sozialdemokratie, sondern die Rücksichtslosigkeit des Unternehmerthums, welche die Arbeiterschaft bis aufs Aeußerste gereizt und gereizt hat, hat den Streik herbeigeführt. (Sehr wahr! links.) Für das [illegible] der letzten Tage ist der Uebermuth der Sieger verantwortlich; während der ganzen Dauer des Streiks ist dergleichen nicht vorgekommen, weil die sozialdemokratischen Arbeiter keine Neigung hatten, sich [illegible] zu lassen. Herr von [illegible] mag es sich gesagt sein lassen, die Sozialdemokratie hat weder der Polizeibehörde Anlaß gegeben, mit der Waffe einzuschreiten, noch hat sie zum Streik gehetzt. [illegible] Tendenz gehören. Gegen die Behauptung des Freiherrn Heyl von Herrnsheim, daß deutsche Unternehmerthum sei so rücksichtsvoll gegen die Arbeiter, daß [illegible] die Zahl der Arbeitslosen; und die [illegible] die in dem [illegible] Theil der Republik vorhanden. Die Sozialdemokratie, heißt es, [illegible] international geworden ist, und das [illegible] der Fall gewesen. [illegible] ist die Sozialdemokratie immer international gewesen. [illegible] die internationale Arbeiterschaft [illegible] Achtstundentag [illegible] der englischen Bergarbeiter [illegible] Mehrheit abgelehnt hätten. [illegible] in der That 1891 die Mehrheit der englischen Bergarbeiter gegen den Achtstundentag gestimmt; aber man hat damals den Fehler begangen, die [illegible] und so kam die angebliche Mehrheit der Gegner zu Stande. [illegible] aber ist die Zahl der Anhänger immer mehr gewachsen: 1893 waren 211 Stimmen für, 34 gegen den Achtstundentag, und in der Minorität befand sich eine Reihe von Bergleuten, die nur darum gegen den Achtstundentag stimmten, weil sie bereits den Achtstundentag hatten und ihn durch die Abstimmung zu verlieren fürchteten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Genau so liegen die Dinge in Amerika. Der Abgeordnete Heyl von Herrnsheim hat uns bekannt, die amerikanischen Unternehmer könnten den Achtstundentag [illegible] weil sie nicht wie die deutschen die Lasten einer sozialpolitischen Gesetzgebung zu tragen hätten. [illegible] wenn die deutschen Arbeiter so hohe Löhne, wie die amerikanischen Arbeiter hätten, dann würden sie mit Vergnügen auf die Beiträge der Unternehmer in der Versicherung verzichten und die Beiträge allein tragen. Die Hamburger [illegible] zahlen, um nur ein Beispiel zu nennen, den [illegible] 50 Mk., die amerikanischen [illegible] 190 Mk. monatlich. [illegible] die amerikanischen Arbeiter sehr gut auf die Versicherungsgesetzgebung verzichten. Es ist die bessere Einsicht des Unternehmerthums, die [illegible] Organisation der Arbeiter und in Folge dessen ihr größerer Einfluß auf das Unternehmerthum, der in Amerika den Achtstundentag geschaffen hat. Herr Heyl von Herrnsheim meinte weiter, die englischen und amerikanischen Arbeiter seien viel leistungsfähiger als die deutschen, sie seien viel geschickter in der Bedienung von Maschinen. Ich bestreite das. Aber wenn es richtig wäre, könnte man dasselbe auch vom deutschen Unternehmer sagen; der deutsche Unternehmer steht in Bezug auf Einsicht in das [illegible] Gebiete, Lebensführung über den [illegible] auf einem [illegible] Standpunkt noch, als der englische und amerikanische Unternehmer. Man braucht nur die Ausführungen, die die Vertreter des Kapitalismus hier im Reichstage gegen den Achtstundentag vorgetragen haben, mit den einsichtigen Darlegungen englischer Kapitalisten über das gleiche Problem zu vergleichen. Redner verliest einige Stellen zum Beweise. Je besser ist, der Arbeiter [illegible], je mehr [illegible] er hat, desto höher steigt auch seine Kaufkraft. Wenn die deutschen Arbeiter nach Amerika auswandern, so würden sich bald ihre Kaufkraft heben, sie überflügeln die der einheimischen Arbeiter. Die Stärke der amerikanischen Baumwollindustrie, auf die Herr Heyl v. Herrnsheim hinwies, ist den deutschen Arbeitern zu verdanken. Es giebt ganze Distrikte deutscher Arbeiter in den Baumwolldistrikten Amerikas. Wenn der deutsche Arbeiter in der Heimath weniger [illegible] so [illegible] die schlechten Löhne und die übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit die Schuld daran. Zum Schluß hat Herr von Herrnsheim noch Bäckergesellen aus seinem Wahlkreise produzirt, die sich gegen die Bäckereiverordnung des Bundesrathes ausgesprochen haben. Er sagte uns auch, aus welchem Grunde: weil sie darauf rechnen, selber Meister zu werden. Sie leisten also Widerstand gegen die Verordnung, nicht vom Standpunkt des Arbeiterinteresses, sondern des Ausbeuterinteresses! Vielleicht werden sie schon in nächster Zeit selbstständig. Wir haben in Deutschland Bäckereien, die den achtstündigen Normalarbeitstag eingeführt haben, so die Bäckerei des Breslauer und die des Plagwitz-Leipziger Konsumvereins. Und da sollen die kleinen Bäckereien nicht einmal mit der zwölfstündigen Arbeitszeit ausreichen? Sie sehen, der Widerstand erklärt sich nur aus krassem Egoismus. — Herr von Herrnsheim hat sich noch veranlaßt gesehen, gegen die Thätigkeit des Pfarrers Naumann loszuziehen und ihm einen Platz bei uns angewiesen. Ich erkläre, daß wir einen Fraktionspfarrer nicht brauchen. Wenn Herr Naumann sich so entwickelt, daß er zu uns kommt, so wird er allen überflüssigen Ballast draußen lassen, und als Mensch zu uns treten. Bei uns gilt nicht die religiöse Anschauung, sondern allein, was nöthig ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Wir können die Thätigkeit der Herren Hitze und Naumann keineswegs billigen, soweit sie darauf hinausläuft, durch die Gründung christlicher Arbeitervereine einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben. Die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen fragen ihre Mitglieder nicht nach ihrem politischen und religiösen Glaubensbekenntniß. Die Gründung christlicher Organisationen bedeutet nur die Schwächung der Arbeiter im Kampfe gegen das Unternehmerthum. — Die Einwände des Abg. v. Stumm waren nicht von der Art, daß sie eine Erwiderung verdienen. Er glaubte uns einen besonderen Hieb zu versetzen, als er behauptete, unsere Partei erhebe die Majestätsbeleidigung zum Prinzip. Unser Prinzip ist nur, daß wir kein Vorrecht der Geburt anerkennen, sondern jede Persönlichkeit nach ihrer Handlungsweise werthen. Stumm hat weiter behauptet, das Vereinsleben untergrabe das Familienleben. Wenn er damit das Leben in den Kriegervereinen gemeint hat, so gebe ich ihm Recht. Das Bildungsstreben der Arbeiter, ihre Bemühungen, eine höhere Lebenshaltung zu erkämpfen, erhöhen das Familienleben. Die Industrie vertrage die Schädigung nicht, machte v. Stumm gegen Hitze geltend. Aber nicht die eventuelle Schädigung der Industrie, sondern die Wohlfahrt der großen Masse sollte maßgebend für die Gesetzgebung sein. Stumm wies auf die Arbeitslosenstatistik hin, um zu beweisen, daß die Zahl der Arbeitslosen gering wäre. Nun, solche Momentaufnahmen sind nicht besonders beweiskräftig. Herr v. Stumm sagte, die Beschränkung der Arbeitszeit durch Gesetz sei eine Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter. Dieses Wort vom freien Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter hört sich im Munde eines Mannes eigenthümlich an, der seinen Arbeitern das Koalitionsrecht weigert, ihnen verbietet, bestimmte Zeitungen zu halten, sie verhindert, sich zu verheirathen. (Sehr gut! links.) Er schreibt sie sogar den Arbeitern vor, wie lange sie arbeiten müssen. (Sehr gut! links.) Er würde es sich schön verbitten, wenn jeder Arbeiter nach seinem Belieben arbeiten wollte. Unser Antrag, sagt Herr von Stumm, ist revolutionär. Da müssen viele andere Leute auch revolutionär sein. Schon 1866 hat der bekannte Philosoph Friedrich Albert Lange sich schon für den Achtstundentag begeistert. Der Abg. Schneider hat sich mit seinen Ausführungen zu den Gewerkschaften, die hinter der freisinnigen Partei herlaufen, in Widerspruch gesetzt. Denn die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verlangen in einer Petition an den Reichstag den Neunstundentag. Diese Gewerkschaften laufen also hinter der Partei her, ohne von ihr [illegible] zu werden. Die Stellung der Parteien und der Regierung ist die alte feindliche, die man uns gegenüber stets eingenommen hat. Die Regierung insbesondere scheint nur dem Unternehmerthum Rechnung tragen zu wollen, das den Arbeiter ganz dem Willen des Arbeitgebers unterthan machen will. Auf der einen Seite verweigert man dem Arbeiter das Koalitionsrecht, auf der anderen thut man nicht das Geringste, eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit herbeizuführen. Geben Sie uns das volle Koalitionsrecht, und wir wollen gerne auf den größten Theil der sogenannten Arbeiterversicherungsgesetzgebung verzichten. Eines oder das Andere verlangen wir. Beharren Sie aber auf ihrem Standpunkt, so dürfen Sie sich nicht wundern, wenn das Mißtrauen der Arbeiter gegen Unternehmer und Regierung stetig wächst. In größerem Maße agitatorisch, wie unser Antrag wird die Stellungnahme der Regierung und der anderen Parteien auf die Arbeiterschaft wirken. Die Arbeiter werden nach wie vor der Sozialdemokratie folgen. (Lebhafter Beifall links.)

Hierauf wird die Debatte abermals vertagt.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Heyl zu Herrnsheim (Nl.), Frhr. v. Hertling (Z.), Hüpeden (Rp.) und Schall (k.).

Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Graf v. Mirbach (k.), in welcher er auf seine neuliche Bemerkung gegen den Präsidenten und den am nächsten Tage erfolgten Angriff des Abg. Dr. Lieber zurückkommt. Der Redner entschuldigt sich und meinte, seine Loyalität gegen das Zentrum sei über jeden Zweifel erhaben, er habe solch' scharfen Angriff seitens des Herrn Lieber nicht verdient. Die konservative Partei habe auch stets auf Vornehmheit des Tones in den Debatten gehalten. (Oho! und Lachen im Zentrum und links.)

Dr. Lieber (Z.) hält seine Bemerkungen gegen den Grafen Mirbach in vollem Umfange aufrecht. Er, wie seine politischen Freunde seien nicht in der Lage, vom Grafen Mirbach Belehrungen über Vornehmheit des Tones entgegenzunehmen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. — Tagesordnung: Militär-Etat. —

Schluß 5 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Organisation des Handwerks. Die eigens dazu eingesetzte Subkommission des Bundesraths hat endlich der neuen Vorlage zur „Organisation des Handwerks" das Leben geschenkt. Die „Frankf. Ztg." ist zum großen Aerger konservativer Organe wieder in der Lage, „vor der amtlichen Veröffentlichung" — warum sind die offiziellen Berichterstatter so lahm und langsam? — die Hauptsache aus dem abgeänderten Entwurfe mitzutheilen.

Nach den Mittheilungen des Frankfurter Blattes ist der Grundsatz der Zwangsinnung fallen gelassen und der Handwerksausschuß vollständig beseitigt worden. Der Kreis der Rechten und Pflichten, die Aufnahme- und Mitgliedsbedingungen, die Wahl- und Stimmberechtigung ist nicht wesentlich geändert. Auch der Gesellenausschuß ist beibehalten worden. Es soll aber ein Versuch mit „freiwilligen Zwangsinnungen" auf den Antrag Betheiligter eingerichtet werden, wenn die Mehrheit der Einrichtung zustimmt, wenn der Innungsbezirk so abgegrenzt ist, daß kein Mitglied der Innung behindert wird, am Innungsleben theilzunehmen, und wenn die Zahl der Handwerker im Bezirk zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht.

Dem Zwang und der Polizei bleibt also immerhin noch Spielraum genug, das Handwerk zu „retten." Allein die „Retter des Mittelstandes" sind empört über das Produkt der bundesräthlichen Subkommission.

Entrüstet schreibt die „Deutsche Tageszeitung — die Plötzritter treiben im Nebenrufe bekanntlich auch noch Mittelstandsretterei:

> „Wir werden natürlich in eine eingehende Erörterung nur dann eintreten, wenn so ein unglaublicher Entwurf vom Bundesrathe angenommen werden sollte. Sollte wirklich dem Handwerk eine derartige Organisation gewährt werden, so würden wir unsern Freunden im Reichstage ohne weiteres rathen müssen, diesen Gesetzentwurf rund abzulehnen. Er enthält fast keinen einzigen fruchtbringenden Gedanken, nicht einmal Ansätze. Im Gegentheil, er würde ganz geeignet sein, die vorhandenen, erfolgversprechenden Ansätze der Handwerksorganisation zu vernichten oder verkümmern zu lassen. Ohne die Zwangsinnungen schwebt die Handwerkskammer in der Luft. . . . Sollte die preußische Regierung aber trotz allem und alledem eine unverständliche Nachgiebigkeit zeigen, so darf sie sich auch über die unausbleiblichen Folgen nicht täuschen. Die Verbitterung der Handwerker, die wir mit Mühe bisher niedergehalten haben, (!) würde mächtig auflodern und 1898 zu höchst bedenklichem Ausdrucke kommen."

An Unverfrorenheit leisten die Junker immer noch Erkleckliches, denn es geht eigentlich schon über die Hutschnur, wenn sie behaupten, sie hätten die Unzufriedenheit der Handwerker niedergehalten.

Aber gleichviel; der Hinweis auf die Wahlen 1898 zieht nicht. Die überwiegende Mehrheit der Handwerker will von den Zwangsinnungen gar nichts wissen und sieht auf wirthschaftlichem Gebieten in den agrarischen Brodvertheuerern den gefährlichsten Feind.

Statt billiger Lebensmittel Präsente einer bankerotten Flickpolitik zu empfangen, das wird nachgerade auch dem „Mittelstand" zu langweilig.

Es wird deshalb mit oder ohne Zwangsinnungen bei den nächsten Reichstagswahlen wahrscheinlich ein großes agrarisches Sterben einreißen und ein Sterben auch unter dem braven Zentrum, das so bereitwillig die Flick- und Polizeipolitik mitgetrieben hat.

Die ländliche Arbeiterfrage. Die Junker imponiren durch ihre Unverschämtheit. Währenddem die industriellen Kapitalisten sich doch wohl mit den Gefühlausdrücken ihrer Ausbeutergelüste etwas in acht nehmen, gehen die Junker mit einer offenen und brutalen Rücksichtslosigkeit vor. Sie erheben öffentlich und ohne Weiteres ihr Ausbeuterinteresse zum Staatsinteresse und von diesem Gesichtspunkte aus stellen sie denn die Ausbeutung als politische Tugend und den Widerstand gegen Ausbeutung geradezu als Verbrechen dar. Welcher Kaufmann würde sich denn erdreisten, öffentlich zu fordern, daß ihm theure Preise bezahlt werden sollen? Die Agrarier aber thun das und machen ein ganz verblüfftes Gesicht, wenn man sie darüber zur Rede stellt; es erscheint ihnen in der Herzenseinfalt ihres Ausbeutergemüths selbstverständlich, daß andere in den hohen Getreidepreisen die großen Schulden der Junker bezahlen müssen. Und wie mit den Getreidepreisen, so auch mit den Arbeitslöhnen. Daß die Arbeiter ein eben solches Interesse daran haben, ihre Löhne zu erhöhen, als die Grundbesitzer, ihre Getreidepreise zu steigern, das will den Junkern gar nicht in den Sinn. Nein, der Arbeiter sei Ausbund aller Laster, wenn er höhere Löhne fordert, — und aus der Noth der Landarbeiter, welche wegen der geringen Löhne, die nicht einmal zu einem Hundeleben ausreichen, gezwungen sind, Haus und Dorf zu verlassen, um in der fremden Stadt nach Arbeit zu suchen, aus dieser bitteren Noth der Arbeiter machen sie eine „Arbeiternoth", Noth der Junker, welche zu ihren Hungerlöhnen keine Arbeiter finden können! Dies ist die „ländliche Arbeiterfrage". Mit dieser hat sich nun soeben auch die 25. Plenarversammlung des deutschen Landwirthschaftsrathes, die berufenste und gelehrteste Vertretung der deutschen „Landwirthschaft", d. h. des deutschen Großgrundbesitzes, beschäftigt, und die Stellung, welche der Landwirthschaftsrath zu der Frage genommen hat, verdient wohl kurz gekennzeichnet zu werden. Der Referent hob klipp und klar hervor:

> „Das Hauptmotiv der ländlichen Arbeiterfrage liegt nach den Berichten nicht so sehr in der Arbeiterverfassung, als vielmehr in dem Wettbewerb der Industrie und Landwirthschaft um die tüchtigsten Arbeitskräfte. Verschärft wurde dieser Kampf durch den Umstand, daß mit dem Aufschwung der Industrie zugleich eine intensivere, mehr Arbeitskräfte erfordernde Betriebsform in vielen Bezirken der Landwirthschaft eingeführt wurde. Blüht die Industrie und kann sie höhere Löhne als die Landwirthschaft geben, so eilt der Arbeiter zu ihr, mag er sich Instmann, Häusler, Büdner, Heuerling oder sonst wie nennen."

Dies wird nun als „Noth" bezeichnet, und um der „Noth" abzuhelfen, um den Arbeiter von der Möglichkeit abzuhalten, sich eine bessere Lebenslage zu verschaffen, wird die Seßhaftigkeitsmachung der Arbeiter vorgeschlagen. Das soll u. A. dadurch erreicht werden, daß man den Arbeitern kleine Parzellen zutheilt. Mit einer Offenheit, die wir bereits gekennzeichnet haben, wird nun der eigentliche Zweck dieser „Wohlthat" also verkündet:

> „Den wichtigsten Punkt bildet daher, daß einerseits das zugewiesene Land nur so groß sein darf, daß der Arbeiter selbst nebenher noch auf Tagelohn gehen kann und muß und daß andererseits der Arbeiter dauernd Beschäftigung, auch im Winter, auf dem Gute oder in der Umgegend findet."

Also die „Wohlthat" der Parzelle soll genau so bemessen werden, daß der Arbeiter ja nur davon nicht selbständig existiren kann, es soll nur die Kette sein, die ihn an den Gutshof bindet, er soll zwischen seiner Kathe und dem Herrschaftsgut hin- und herlaufen, wie der Hund am Strick — das ist der wichtigste Punkt dabei!"

Und genau so verhält es sich mit den anderen Maßregeln der „sozialen Fürsorge", welche die Junker und ihre gelehrten Hausknechte ausklügeln. Die Arbeiter sind

aber bereits durch die Noth gewitzigt genug, daß sie auf den junkerlichen Leim nicht mehr gehen. Deshalb auch das unablässige Jammergeschrei der Junker!

Die Flottenfrage rückt wieder einmal in verstärktem Maße in den Vordergrund. Der Kaiser trat bekanntlich auf dem Miquel-Diner sehr energisch für die Nothwendigkeit der Verstärkung der Flotte ein und befürwortete Zusammengehen der Konservativen, der Reichspartei und der nationalliberalen Fraktion im Reichstage. Auf diese Weise könnten die großen patriotischen Aufgaben erfüllt werden. Die kleinlichen Fraktionsstreitigkeiten müßten angesichts des hochwichtigen Ziels bei Seite gelassen werden. Bekanntlich verfügen aber die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, welche auch Fürst Bismarck einst zu einem Kartell vereinigte, im gegenwärtigen Reichstage auch zusammengenommen nicht entfernt über die Mehrheit. Auch haben selbst die Konservativen sich gegen die Bewilligung eines neuen großen Panzerschiffes in diesem Jahre erklärt.

Die Leute aber, die für die Regierung Propaganda machen — und sie treten wie gesagt jetzt wieder eifrig ins Gewehr — tragen zuweilen sehr anrüchige Namen. Ein Marine-Enthusiast z. B. war der Erpresserheur des „Berliner Tageblatts" und der Kollege der Achtgroschenjungen, Herr Gingold-Staerk. Er verfaßte — fast unzweifelhaft im amtlichen Auftrage, die im Militärvorlage der königlichen Hofbuchdruckerei und Hofbuchhandlung unter dem Pseudonym „ein Reichsfreund" erschienene Schrift „Fort mit unserer Marine."

Die „Berliner Ztg." schreibt über diese Broschüre:

Mit einem Feuereifer, der jedem Patrioten das Herz höher schlagen ließ, wurde in dieser Schrift für die Vergrößerung der deutschen Flotte die Trommel gerührt. Zum Schluß hieß es mit wuchtiger Kraft: „Entweder wir bewilligen das, was die verbündeten Regierungen zur Verstärkung der Marine für durchaus nöthig erachten, oder aber wir bewilligen es nicht, dann hat die Marine in ihrem heutigen unzulänglichen Zustande keinen Werth für uns, dann darf der Reichstag auch weiter keinen Pfennig für sie bewilligen, dann müssen wir eben darauf verzichten, Deutschlands Ansehen, Deutschlands Handel zu erhöhen und zu erweitern, dann ist es besser: Fort mit unserer Marine!" Ueber die Person des Verfassers munkelte man allerlei. Einige verstiegen sich in die höchsten Höhen. Heute, wo neue Marineforderungen vor der Thür stehen, entschließt sich die Verlagshandlung vielleicht zu einem Neudruck. Möge sie dann aber auch den Verfasser nicht ferner ungenannt lassen.

„Hintermänner giebt es nicht!" hat Herr Staatssekretär von Marschall in der Tausch-Debatte des Reichstags gesagt und diese Erklärung hat ihm sofort die lobende Anerkennung aller Bismarckfreunde verschafft. Immerhin stehen noch viele Leute diesen Versicherungen etwas skeptisch gegenüber. So bemerkt die „Köln. Vztg.":

„Merkwürdiger, wie die gesammte Thätigkeit der Normann-Tausch (die Leckert und Lützow lassen wir als nebensächlich bei Seite), wäre es, wenn die Genannten diese Thätigkeit auf eigene Faust betrieben hätten. Wer gab ihnen das Material, die „Informationen", die so geschickt den Schein der Zuverlässigkeit zu erwecken wußten, wer gab die Geldmittel? Normann und Tausch waren arme Teufel, und bei der journalistischen Thätigkeit sind Reichthümer nicht anzusammeln. Trotzdem brachte es Normann zu einem Vermögen und v. Tausch lebte auf großem Fuße. Die Thätigkeit dieser beiden und ihrer Helfershelfer in verschiedenen Ländern — meist verkrachte und verlorene Existenzen, aber zum Theil sehr geschickte Federn — hatte eine ganz bestimmte Richtung: die Diskreditirung des gesammten neuen Kurses, der damals wirklich ein neuer Kurs war, in seinen hervorragendsten Trägern, den Kaiser selbst an der Spitze, die Erweckung der Meinung, daß dieser neue Kurs den Anfang vom Ende des Deutschen Reiches sei, die stete Verherrlichung des früheren Bismarck'schen Regiments, dessen Wiederherstellung im Hintergrunde als die einzige Rettung aus aller Noth erschien. Sollten die Normann und v. Tausch das Alles aus bloßer Schwärmerei für den Fürsten Bismarck besorgt haben? Schwer glaublich, ja unglaublich!"

Das Blatt erwartet vom Prozeß Tausch keine Enthüllungen der Hintermänner. . . . „Vielleicht hat man keine durchaus stichhaltigen Beweise, vielleicht glaubt man, daß Gründe der sogenannten Staatsraison es verböten, die ganze Intrigue, welche in den Jahren 1891 und 1892 sich abgespielt hat, zu enthüllen oder jetzt schon zu enthüllen . . ." — Graf Herbert, der bekanntlich in einer Erklärung im Reichstage jede Verbindung seiner Familie mit Tausch bestritten, hat seine Kundgebung mit wesentlichen Irrthümern glaubhaft zu machen versucht. Er behauptete, v. Tausch sei erst nach der Entlassung des Altreichskanzlers nach Berlin gekommen, thatsächlich hat v. Tausch schon mitgewirkt, als 1887 gegen das sozialdemokratische Fraktionsorgan eingeschritten wurde und er war es, der, als 1889 das Verbot der „Volkszeitung" erfolgte, die Ausführung der Maßregel leitete.

Bismärckisches. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Newyork: Der „World" veröffentlicht ein Interview mit dem Fürsten Bismarck über den noch schwebenden englisch-amerikanischen Schiedsvertrag. Bismarck bezweifelt nach diesem Interview die Durchführbarkeit des Schiedsgerichts. Der Ton des Interviews läßt überhaupt erkennen, daß Fürst Bismarck kein warmer Anhänger dieser Idee ist. — Das weiß man, bemerkt die „Volksztg." dazu, Bismarck ist mehr für „Blut und Eisen". Wozu man ihn überhaupt nach seiner Meinung fragt, verstehen wir nicht.

Die agrarischen Grafen wußten bekanntlich im Reichstag gegenüber dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall in Bezug auf seine Ausführungen gegen den Grafen Limburg in Betreff des Prozesses Leckert-Lützow selber nichts zu erwiedern. Dafür halten sie sich ihre Leute in der Presse. Jetzt versucht die „Deutsche Tagesztg." in spaltenlangen Artikeln dasjenige auszuführen, was die Grafen Mirbach und Limburg etwa hätten sagen können, wenn es ihnen eingefallen wäre.

Köllers Auferstehung. Das Bündlerblatt schreibt:

„Mit einiger Sicherheit erhält sich das Gerücht, daß der Staatsminister von Köller zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ausersehen sei. Wir würden eine Bestätigung dieses Gerüchts nicht nur im Interesse der Provinz mit Freuden begrüßen, sondern auch deswegen, weil daraus hervorgehen würde, daß die Vorbedingungen nunmehr gegeben seien, von denen Herr v. Köller die Rückkehr in den Staatsdienst abhängig machte."

Auch wir würden seine Rückkehr gerne sehen. Wir haben unseren wackeren Kampfgenossen schon lange vermißt. Er paßte so schön in den Reigen der Sozialistentödter. Er brachte Humor in die Geschichte, wenn's auch nur unfreiwillig war.

Unterm neuesten Kurs. Nach der vom „Vorwärts" veröffentlichten Aufmachung ist im Monat Januar gegen Sozialdemokraten in Deutschland erkannt insgesammt auf 2516 Mk. Geld- und 26 Jahre 4 Monate und 1 Tag Gefängnißstrafe. Allen anderen Orten voran steht **Lübeck** mit 17 Jahren 16 Wochen und 11 Tagen Freiheitsstrafe — ein Resultat, auf das die alte Hansestadt und „Republik" stolz sein kann. Fiat justitia!

Herrn von Miquel's Wohlgefallen wird eine Eingabe des Verbandes deutscher Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaften finden, in der die höhere Besteuerung der Zündhölzer gefordert wird. Dadurch soll das unvorsichtige Umgehen mit Zündhölzchen eingeschränkt werden. Ganz abgesehen davon, daß durch die vorgeschlagene Maßregel der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden dürfte, müßten wir gegen die weitere Vermehrung der Steuern, welcher die Armen bedeutend stärker trifft als die Reichen, also umgekehrt progressive Steuern sind, auf das Entschiedenste protestiren.

Der Mohr in tausend Nöthen. Der Bahrenfelder Margarinekönig, Landtagsabgeordnete a. D. Mohr kann nicht zur Ruhe kommen. Kaum hat er sich von dem Beleidigungsfeldzug, in dem er gleich Falstaff der Tapferkeit besserer Theil erwählte, indem er sich zurückzog, mühsam erholt, da droht ihm schon wieder Unheil. Die „Hamburger Nachr." hatten ihm den schweren Vorwurf gemacht, er hätte streikenden Hafenarbeitern Margarine gratis geliefert, und daran die Bemerkung geknüpft, daß dieses Verbrechen am Unternehmer-Zäsarismus seine Wiederwahl zum preußischen Landtagsabgeordneten ausschließe. In seiner Herzensangst theilt der geplagte Mohr nun mit, daß die von den „Hamb. Nachr." ihm zugeschobene Annonze über Gratisvertheilung von Margarine an die Streikenden nicht von ihm herrühre, sondern von einem Fettwaarenhändler, der sich wie viele seiner Abnehmer in Hamburg und Altona als Niederlage von A. L. Mohr bezeichne, aber durchaus selbstständig sei und für eigene Rechnung verkaufe. Er habe sogleich die Zurückziehung der Annonce veranlaßt, und hätte die Gratisvertheilung von Margarine darauf aufgehört. Die „Hamb. Nachr." bemerken dazu:

„Wir sind der Ansicht, daß Herr Mohr — die Richtigkeit seiner Darstellung angenommen — besser gethan hätte, das geschäftliche Interesse, welches ihm die Schonung seines Abnehmers wünschenswerth erscheinen ließ, nicht so hoch zu veranschlagen, sondern lieber den Mann öffentlich zu desavouiren, der ihn durch seine Annonze in den Verdacht einer höchst anfechtbaren Handlungsweise gebracht hatte. In diesem Falle wäre „Flucht in die Oeffentlichkeit" für Herrn Mohr sehr rathsam gewesen."

Armer Mohr!

Standard Oil Company. Die Börsenberichte melden: „Die Standart Oil Company erklärte die regelmäßige Vierteljahrs-Dividende von ¾ Prozent und eine Extradividende von 7 Prozent. Die Extradividende ist entstanden durch Erhöhung der Petroleumpreise. Da die ordentliche Dividende ¾ Prozent im Vierteljahr, also 3 Proz. im Jahre beträgt, was allein schon bei dem kolossalen Kapital der Gesellschaft eine ausgezeichnete Verzinsung darstellt, so ist also diese durch Petroleumvertheuerung zu stande gebrachte Zuschlagsdividende mehr als doppelt so groß, und die Gesammtdividende beträgt 10 Prozent! Das ist nicht mehr ein Handelsgewinn, es ist eine gewaltige Verbrauchsteuer, welche die amerikanischen Monopolisten der gesammten Welt auferlegen! O heiliges Privateigenthum!

Lübeck und Nachbargebiete.

12. Februar.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hülfsarbeitern nach Lübeck ist streng gänzlich fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Streikkomitee ersucht, bei Zeichnung von Gelder für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Das Gewerkschaftskartell nahm in seiner letzten Versammlung folgende Resolution an:

„Zwecks besserer Bekämpfung der Interessen der Lübecker Metallindustriellen beschließt das Kartell, den Zuzug von sämmtlichen Metall- und Hülfsarbeitern durch einen in sämmtlichen Partei- und Gewerkschaftsblättern zu veröffentlichenden Aufruf fernzuhalten.

Die Resolution war eingebracht von den Metallarbeitern mit der Motivirung, daß, während die Unternehmer fortwährend von auswärts neue Arbeitskräfte heranziehen, den hiesigen Arbeitern unter den nichtigsten Vorwänden die Arbeit vorenthalten werde. Es liege System in dieser Art, die einheimischen Arbeiter auf das Pflaster zu werfen, und dem müsse mit allen Mitteln energisch entgegengearbeitet werden.

Wie den auswärtigen Redaktionen durch unsere gestrige Veröffentlichung bekannt geworden, wird thatsächlich kein irgendwie an Streiks oder Sperren betheiligter Arbeiter vorläufig in Lübeck Arbeit erhalten. Wir bitten deshalb dringend, obigen Beschluß mit entsprechenden Kommentar aufnehmen und nach Kräften für die Beachtung desselben eintreten zu wollen.

Arbeitgeber-Verband. Noch gestern ließ sich das gutunterrichtete Amtsblatt von „maßgebender" Seite dahin informiren, daß ein Arbeitgeber-Verband zwar geplant, aber noch nicht perfekt sei, heute meldet es, daß schon am 2. Februar die konstituirende Versammlung stattgefunden hat, und theilt zugleich auszugsweise die schon gestern von uns veröffentlichten Satzungen mit. Das Amtsblatt hat sich mit der gestrigen Notiz eben in die Nesseln gesetzt, es hat berichtigt, wo es nichts zu berichtigen, sondern nur zu bekennen gab.

In das Handelsregister ist eingetragen auf Blatt 44 bei der Firma „Lübcke u. Gebert": Die unverehelichte Hermine Reichenbach zu Wien will für die Verbindlichkeiten ihres zukünftigen Ehemannes, des Kaufmannes Heinrich Adolf Michels in Lübeck, überall nicht haften.

Aufgehobene Zwangsversteigerung. Die auf Donnerstag, den 11. März d. J., Mittags 12 Uhr, angesetzte Zwangsversteigerung des dem J. F. H. Derlien gehörenden Grundstücks Beckergrube Nr. 26 findet nicht statt.

Eine Sitzung des Gewerbegerichts findet heute Nachmittag 6 Uhr, im Rathhause, Zimmer Nr. 4, statt.

Die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft beförderte im Januar d. Js.

	107 164 Personen und		76 509 T. Gut,	
gegen 1896	98 275 „		„ 69 391 „	„
Sie nahm ein im	Pers.-Verkehr Mk.	Güter-Verkehr Mk.	Neben-einnahm. Mk.	Zu-sammen Mk.
1897 geschätzt:	92 501	232 400	33 600	358 501
1896 „	87 860	220 386	33 600	341 846
mithin 1897 . . .	+ 4 641	+ 12 014	—	+ 16 655

Stadttheater. Alle diejenigen, welche das schöne Ausstattungsballet: „Phantasien im Bremer Rathskeller" noch nicht gesehen haben, seien darauf aufmerksam gemacht, daß es heute, Freitag, zum letzten Male mit Frl. Tagliani als Gast gegeben wird. Gleichzeitig tritt auch Herr Wilh. Cronberger von Braunschweig als Lyonel in Martha nur heute, Freitag Abend, auf.

Ein obdachloses Kind. In der Kaffeehalle des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke an der Untertrave stellte sich heute Morgen ein neunjähriges Mädchen ein, welches auf Befragen eines anwesenden Arbeiters angab, es habe schon seit längerer Zeit in dem Rehder'schen Holzschuppen auf der Wallhalbinsel übernachtet. Ein Bündel Säcke, mit denen es sich zuzudecken pflegte, trug das Kind bei sich. Nachdem der Arbeiter die Kleine mit Speise und Trank versehen hatte, wurde sie der Polizei übergeben, die das Weitere veranlassen wird.

Untersuchung ist gegen eine Frau aus Moisling eingeleitet, welche in Hamberge unter der falschen Angabe, sie sei die Verwandte eines Bäckers, von einem Käthner bei diesem im Rauch hängende Würste und Fleischwaaren sich aushändigen ließ.

Hamburg. Dem Beschluß der Hamburger Bürgerschaft, bei Eingaben an den Senat künftig die recht erheblichen Gebühren in Wegfall zu bringen, ist der Senat beigetreten. Damit ist einem geradezu skandalösen Zustande endlich ein Ende gemacht. Wenn eine arme Wittwe, die wegen strafbaren Eigennutzes verurtheilt war, was bei dem Hamburger Kahlpfändungsrecht bekanntlich leider sehr oft vorkommt, und nun ein Gnadengesuch an den Senat richten wollte, so hatte sie erst einmal 50 Pf. Stempelgebühren zu entrichten, und wenn sie dann Antwort, vielleicht sogar eine abschlägige bekam, so hatte sie dafür 4 Mk. zu entrichten. Das soll fortab nun nicht mehr nöthig sein.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 11. Februar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1010 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Versandtschweine schwere 50—52 Mk., leichte 48—50 Mk., Sauen 42—47 Mk. und Ferkel 45—48 Mk. pr. 100 Pfd.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Donnerstag, den 11. Februar.

Nachmittags.

3,40 D. Meta, Ehler, von der See in 7 St.

Abgegangen:

Freitag, den 12. Februar.

Vormittags.

8,— D. Meta, Ehler, nach Fehmarn.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr V.: NW., frisch. — 6,23 m.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

Der Hafen von Baltischport ist am 10. Februar eisfrei geworden, die Aufhebung der Eissperre vom Hafen in Reval wird stündlich erwartet.

Ferner liegen noch nördlich von Dagerort die bereits früher gemeldeten 4 Dampfer im Eise.

D. Castor ist am 11. Februar in Düsseldorf angekommen.

Laut Telegramm aus Hangö ist D. Aegir in Sicht, 8 Seemeilen vom Leuchtthurm, Eisverhältnisse gegenwärtig ungünstig, Hafen erreichbar sobald Windveränderung.

D. Elbe ist am 11. Februar in Libau angekommen, hat Schaden am Ruder und muß voraussichtlich daselbst reparirt.

D. Commerzienrath Boeckel beabsichtigt seine Reise von Hangö auf hier fortzusetzen.

D. Rußland ist am 11. Februar von Libau auf hier abgegangen.

Von der Hafenmündung in Travemünde bis zur Rhede [illegible] liegt noch eine durchbrochene Eisdecke, weiter [illegible] ist nach allen Richtungen hin offenes Wasser sicht[illegible]

Heute Morgen entschlief sanft nach langen schweren Leiden unsere innigstgeliebte theure Mutter

Johanna Künzel,
verwittwete Hein, geb. Lüth.

Tiefbetrauert von ihren Kindern.
Lübeck, den 11. Februar 1897.
Die Beerdigung findet am Montag den 15. d. M., 9½ Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

Unsen Fründ **Peter Kramer** to sinen hütigen Geburtsdag een dunnerndes Hoch, dat de ganze Lange Reeg wackelt un dat Hus 37 upp den Kopp to stahn kümmt. De veer durstigen Seelen.

Ehren-Erklärung.

Hiermit nehme ich die beleidigenden Worte, die ich gegen den Maurer **Chr. Wittwer** am 22. Dezember vor. J. geäußert habe, zurück und gebe ihm eine Ehrenerklärung.

Johann Rubin.

Zu verm. ein leeres heizb. Zimmer
Carlstraße 84. pt.

Zu verm. ein Logis für einen Mann
Kl. Altefähre 6.

Zu vermiethen ein leeres Zimmer
nach vorne. Klosterstr. 21, 1 Et.

Gesucht zum 1. Juli **600 Mk.** in ein vorstädtisches Grundstück nach 3000 Mk. Brandkassenwerth 7500 Mk. Näheres in der Exp. d. Bl.

Gesucht zu sofort
ein tüchtiger Knecht.
Burgkfähre.

Gesucht ein Schlachterlehrling für Schlachterei und Wurstmacherei.
Off. unter **G W** an die Expedition d. Bl.

Gesucht ein Lehrling
für meine Pelzwaaren- u. Mützenfabrikation.
E. Hirsekorn, Sandstraße 28.

Frische Bauernbutter Pfd. 1 M.
Frommhagen, Mühlenstr. 81.

Pa. fettes Rindfleisch, Pfd. 50 Pf.
Kalbfleisch und Schweinefleisch
empfiehlt **Th. Wentzel,** Hüxstraße 54.

Hochfeine Margarine, Pfd. 55 Pfg.
Feine Margarine, Pfd. 50 Pfg.
bei Abnahme von 5 Pfd. und mehr entsprechend billiger.
Feinstes weisses Schmalz, Pfd. 40 Pf., 1 Pfd. 75 Pfg., bei 5 Pfd. per Pfd. 65 Pfg.
Feinstes Hamburger Grieben-schmalz, Pfd. 45 Pfg.
Feinste Meiereibutter, Pfd. Mk. 1.20.
Joh. Broede, Kühlenbrücke 7.

Bestes
Lederfett
gelb und schwarz,
große Schachtel für 5 Pfg.
E. Peran, Engelsgrube 72.

Eine kleine Parthie Tapisserie
das Pfund 10 Pfg.
Oberreve S. **Ludw. Hartwig.**

Rippen, jetzt Pfd. 40 u. 60 Pfg.
Schweinehaxen, Pfd. 55 Pfg.
empfiehlt
H. Timm, Gr. Altefähre 1.

Colonial- und Fettwaaren,
Tabak und Cigarren
empfiehlt in vorzüglicher Qualität
Wilh. Körner, Sülcerstr. 17 a.

Großes Lager Uhren
aller Art.
Regulateure von 12 Mk. an
Hängeuhren von 2 Mk. an
Damen-Remontoir, 14 Karat, von 15 Mk. an
Uhren trinigen . 1,50
Federn einsetzen . 1,50
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten,
Johannisstraße 50.

Caffee-Lager, Holstenstr. 10

Sämmtliche Sorten sorgfältig geprüft, in feinster Qualität, täglich frisch geröstet

zu billigsten Preisen.

Arab. Mocca-Melange	pro Pfd. Mk.	2,—	
" "	" " "	1,80	
Java-Melange	" " "	1,70	
Feinste Carlsbader Mischung	" " "	1,60	
" "	" " "	1,50	
Costarica-Melange, sehr fein	" " "	1,40	
Guatemala-Melange	" " "	1,30	
Maracaibo-Melange, sehr gut	" " "	1,20	
Campinas-Melange	" " "	1,10	
Santos-Melange, gutschmeckend	pro Pfd. Mk.	1,—	
" " "	" " "	—,90	
Afrik. Perl-Mocca, 90 Pfg., ff.	" " "	1,—	
Santos, reinschmeckend	" " "	—,80	
" "	" " "	—,70	
Bruch-Caffee, extra fein	" " "	1,—	
" " I } Von	" " "	—,90	
" " II } guten Sorten	" " "	—,80	
" " III } abgesiebt	" " "	—,70	

Günstigste Bezugsquelle für Wieder-Verkäufer.

Durch Maschinenbetrieb wird jeder gebrannte Caffee auf Wunsch sofort gemahlen.

Roher Caffee

in allen Sorten und Preislagen billigst, in Säcken zu Börsenpreisen.

Caffee-Lager, Holstenstrasse 10.

Im Inventur-Ausverkauf v. Sonnabend ab:
Ein grosser Posten schwarzer Wolle
zum halben Preis.
Kleiderreste spottbillig. Unterzeuge bedeutend unter Preis. Hemdentuchreste. Angeschmutzte Wäsche, äusserst billig.
Kindermützen 10 Pfg. Häkelgarn 10 Gramm 4 Pfg.
L. Duve, Gr. Burgstraße 32.

Achtung! Metallarbeiter!

Am Sonntag den 14. Februar, von Vorm. 11 bis Nachm. 5 Uhr:

Wahl eines Delegirten z. Generalversammlung

im Lokale des Herrn F. Leeke, Lederstrasse 3.

Der Name wird im Lokal bekannt gemacht.

Kollegen! Auf zur Wahl! Ein Jeder übe sein Wahlrecht aus, damit wir auf eine Achtung gebietende Stimmenzahl blicken können!

Das Central-Wahlkomité.

Cigarren
en gros en detail
Marke: „Bund der Landwirthe".
Pr. 5 in Kisten jetzt 4.50 Mk., in Packet 5 Pf.
Pr. 8 in Kisten jetzt 5.50 Mk., in Packet 6 Pf.
Unsortirte Cigarren zu 35.— und 45.— sowie viele andere Marken von Mk. 28.— bis Mk. 120.— halten Sie am Vortheilhaftesten bei
Oberr. S. **Ludw. Hartwig,**
10 Stück einer Sorte zum Kistenpreise.

Prima
Braten-Schmalz
Pfd. 30 Pfg.
empfiehlt
Carl Schröder
obere Hüxstraße 6.

Schienfleisch Pfd. 60 Pf.
Schweinefleisch Pfd. 55 Pf.
Flohmen Pfd. 60 Pf.
Gutes Schmalz Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz Pfd. 70 Pf.
Leberwurst Pfd. 70 Pf.
Gek. Mettwurst Pfd. 70 Pf.
Ger. Mettwurst Pfd. 1 Mk.
empfiehlt
Conrad Klein,
Schlachterei u. Wurstmacherei, Grenzstraße Alte 67

Wer
noch billig zu gediegenen
Winter-Garderoben
gelangen will, der eile in das
Welthaus, woselbst behufs
Räumung
schnellstens ausverkauft werden:

Herren-Paletots
gute Qualitäten, jetzt von 8 Mk. an,
Herren-Paletots
elegante Rechteck in Eskimo und Floccane,
jetzt von 15 Mk. an,
Pelerinen-Mäntel
mit großer, abnehmbarer Pelerine,
jetzt von 14 Mk. an,
Herren-Anzüge
gute, dauerhafte Qualität,
jetzt von 8 Mk. an,
Hochfein. Anzüge
englischer Schnitt, neueste Façon,
jetzt von 15 Mk. an,
Winter-Jaquets
mit warmem Futter, jetzt von 5,50 Mk. an,
Herren-Hosen
in allen nur denkbaren Streifen,
jetzt von 2 Mk. an,
Knaben- u. Jünglings-Garderobe
jetzt zu jedem annehmbaren Preise.

Welthaus
Lübeck, Breitestraße 33, I. Etg.
(im Hause der „Bavaria").

---

41 Langer Lohberg 41
Von jetzt ab Annahme und sorgfältige Ausführung von Reparaturen an Uhren aller Art. Solide Preise.
W. Huth.

COLOSSEUM.
Heute Sonntag:
Große freie Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr.
W. Dassler.
NB. Sonntag den 14. März:
Große Volksmaskerade.

Theater Variété.
Tonhalle.
Sonntag Nachmittag 4 u. Abends 8 Uhr:
Zwei große Eröffnungs-Vorstellungen.
F. Mock.
M. Hubert.
Elvira Jönsen.
Louis la Chapelle.
Jacky Troupe.
The little Nelly und Guido.
Hubert und Pauly.
Smith-Arvello-Troupe.
Ad. Scheibner. C. Schlichting.

Stadttheater in Lübeck.
Heute Freitag
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Außer Abonnement.
(Kein Freitag-Abonnement.)
Einmaliges Gastspiel des Herzogl. Hofopernsängers
Herrn **Wilh. Cronberger.**
Letztes Gastspiel
von Frl. **Paula Tagliani.**
MARTHA
oder: Der Markt zu Richmond.
Lyonel — Herr Cronberger a. G.
Zum Schluß:
Phantasien im Bremer Rathskeller.
Sonnabend den 13. Februar:
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
78. Abonn.-Vorst. 6. Abthl.: Lila.
Orpheus in der Unterwelt.
Sonntag den 14. Februar.
Nachm. 4 Uhr:
3. Vorstell. im Lessing-Cyclus
Emilia Galotti.
(Halbe Preise.)
Vorläufige Anzeige.
Dienstag den 16. Februar.
Anfang 7 Uhr. Außer Abonnement.
Benefiz für Herrn Capellmeister Edmund v. Strauß.
Die Afrikanerin.
Opernpreise.

Gr. öffl. Volksversammlung

am Sonnabend den 13. Februar (Abds. 8½ Uhr)
in den Central-Hallen (Johannes Dürkop).

1. Was können uns die heutigen Steuern? Referent **Th. Schwartz.**
2. Die letzten Reichstagswahlen und der Verein Conservativer in Lübeck. Referent **J. Lührs.**

Gr. humoristisches Kappenfest und Ball
am Freitag den 12. d. M., in „Elysium." Entree 60 Pfg., eine Dame frei.

Verantwortlicher Redakteur: August Kratz. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 37. Sonnabend, den 13. Februar 1897. 4. Jahrgang.

Ein Reformator.

Vor vierhundert Jahren — am 16. Februar 1497 — wurde in dem damals kurpfälzischen Städtchen Bretten Philipp Schwarzerd geboren, der unter seinem präcisirten Namen Melanchthon eine so große Rolle in der Reformationszeit gespielt hat. In diesen Tagen wird er von dem Protestantenthum viel gefeiert und gepriesen als der gelehrte Mitstreiter Luthers gegen Rom und als ein Kämpfer für geistige Freiheit. Besonders wird, im Gegensatz zu dem groben und fanatischen Doktor Luther, Melanchthons Milde und Sanftmuth gerühmt.

Geschichtslügen sind, wenn sie sich einmal fest eingenistet haben, schwer auszuroden; sie wuchern immer wieder empor. Doch wollen wir uns dadurch nicht abhalten lassen, den wahren Charakter des so gefeierten Melanchthons in einigen seiner Hauptzüge darzulegen.

Es ist immer Unheil für Deutschland gewesen, wenn das mit dem Kstheder unauflöslich verwachsene, aber den wirklichen Verhältnissen fernstehenden Professorenthum eine führende Rolle in den politischen und sozialen Kämpfen übernommen hat. Das Jahr 1848 hat uns hierin eine Lehre ertheilt, die nicht so leicht vergessen wird. Aber auch schon zur Reformationszeit drängte sich dies Element an die Spitze der damaligen großen Zeitbewegung, und die Wittenberger „Reformatoren" trugen ihr möglichstes dazu bei, daß der große Kampf des deutschen Volkes um Land und Freiheit und Einheit in eine Kirschenspaltung auslief.

Professor Luther und Professor Melanchthon wendeten sich anfangs an das gesammte deutsche Volk und halfen es in Bewegung bringen. Die sprachgewaltige Feder Luthers gewann bald einen unglaublichen Einfluß, und seine fast schrankenlose Derbheit war ganz dem Geiste jener Epoche angemessen. Das Volk nahm die Freiheitsphrasen natürlich ernst, und die Bewegung schritt weiter, als die Wittenberger Professoren es haben wollten. Sie begnügte sich nicht mit dem Kampfe gegen römische Priesterherrschaft, gegen Ablaßkram und Bettelmönche, sondern nahm einen politischen und sozialen Charakter an. Die Wittenberger unterfingen sich, der Bewegung Halt gebieten zu wollen. Aber neben der bürgerlichen Reformbewegung erschien, nachdem die Erhebung von Hutten und Sickingen mißglückt, die Volksbewegung, die fast ganz Deutschland erfaßte, und zu der die Bauern, denen sich das städtische Proletariat und das gedrückte Bürgerthum der Städte anschlossen, die kampfgerüsteten Massen stellten. Es kam die große deutsche Revolution des sechzehnten Jahrhunderts, der Bauernkrieg von 1525, mit seinen zwölf Artikeln und mit seinen hervorragenden Geistern Thomas Münzer, Wendel Hipler, Florian Geyer und Michael Gaismayr.

Die Fürsten, die höhere Pfaffheit, die Ritterschaft und die bürgerliche Ehrbarkeit thaten sich zusammen, um das Volk blutig niederzuwerfen, und die Wittenberger Professoren schlugen sich natürlich auf die Seite der herrschenden Klassen. Luther schleuderte wie ein zweiter Papst den Bannstrahl wider die „mörderischen und räuberischen Bauern" und schrie, man solle sie „stechen, schlagen und würgen".

Nach der blutigen Niederlage des Volkes spielte sich die Reformbewegung auf das kirchliche Gebiet hinüber und die Reformatoren wurden von einem Theile der deutschen Fürsten, die nach den reichen Kirchengütern lüstern waren, eifrigst unterstützt. Luther blieb der mehr populäre Agitator für die protestantische Sache, während Philipp Melanchthon seine gründliche Gelehrsamkeit dafür aufbot.

Der Gipfelpunkt des Melanchthons reformatorischer Thätigkeit ist die Abfassung der sogenannten Augsburgischen Konfession, des Glaubensbekenntnisses der Protestanten, das auf dem Reichstage zu Augsburg 1530 verlesen wurde. Er trat darin sehr vorsichtig und sehr nachgiebig auf. Der specifische Protestantismus mag in dieser Schrift ein hohes Verdienst erblicken. Für uns bildet sie nur eine nicht einmal besonders bedeutsame Episode in dem großen Kampf um die Kirchengüter, als der der Kirchenstreit erscheint. Dieser Kirchenstreit hat nach dem unsicheren Augsburger Religionsfrieden zu dem unseligen dreißigjährigen Kriege geführt, dessen fürchterliche Verheerungen in Deutschland heute noch nachwirken.

Melanchthon besaß, wie ein moderner Geschichtschreiber mit Recht sagt, weder Charakterstärke, noch vermochte er sich zu dem Gedanken vollkommener Glaubens- und Gewissensfreiheit zu erheben. Wir werden das an einzelnen Zügen nachweisen.

Daß er nicht der „milde" Melanchthon war, zu dem man ihn machen will, geht ganz besonders aus seiner Schrift hervor, die er zur Zeit des Bauernkrieges erscheinen ließ. Während Deutschland in Blut schwamm und die siegreiche Reaktion sich in Greueln erging, die alle menschlich fühlende Herzen mit Schaudern erfüllten, wußte der „milde" Melanchthon nichts Besseres zu thun, als dem deutschen Volke eine grimmige Bußpredigt zu halten und für die unumschränkte Fürstengewalt einzutreten. Die Abschaffung der Leibeigenschaft, behauptete dieser „Freiheitskämpfer", sei gegen das Evangelium. Und als ob des Mordens und Verheerens noch nicht genug, schrieb der scheinheilige Reformator:

Es ist ein solch mutwillig, blutgierig Volk, die Teutschen, daß man's billig viel härter halten soll, denn Salamon spricht, dem Pferd gehört eine Geißel, dem Esel ein Zaum, des Narren Rücken gehört ein Ruten, einem Esel gehört Futter, Geißel und Bürde, also einem Knecht Nahrung, Straf und Arbeit. Auch nennet Gott das weltlich Regiment ein Schwert, ein Schwert aber, das soll schneiden, es sei Straf an Gut, an Leib oder Leben, wie es die Nothdurft erfordert.

So hetzte dieser Mann noch die blutgierigen Tyrannen jener Zeit gegen das ausgesogene und niedergeschlagene deutsche Volk! Und zum Dank dafür soll ihn dasselbe Volk heute ehren und preisen!

Während Melanchthon so dem Volke den unbedingten Gehorsam gegen die Fürstengewalt predigte, trieb ihn sein religiöser Fanatismus zu anderer Zeit wieder dazu, den Tyrannenmord zu rechtfertigen. So in einer Erklärung des neunundfünfzigsten Psalms. Gegen den König Heinrich VIII. von England empfahl er direkt den Meuchelmord mit den Worten: „Der englische Tyrann hat Cromwell getödtet, und versucht eine Ehescheidung von dem Jülichschen Fräulein. Wie richtig heißt es doch in der Tragödie: Kein angenehmeres Opfer könne Gott geschlachtet werden, als des Tyrannen; möchte Gott einem starken Manne diesen Geist eingeben!"

Man hat diese Aeußerung Melanchthons, die aus dem Jahre 1540 stammt, mit dem Geiste jener Zeit zu entschuldigen und zu beschönigen versucht. Für uns ist sie nur ein Zeugniß seiner religiösen oder konfessionellen Unduldsamkeit, denn er haßte Heinrich VIII. lediglich aus konfessionellen Gründen.

Der „milde" Melanchthon war auch dafür, daß man „Ketzer" mit dem Tode bestrafe. Als der bekannte Servetz als „Ketzer" von Calvins Ketzerrichtern gemordet worden war, suchte der calvinistische Fanatiker Beja diesen Mord in einer Schrift zu rechtfertigen, und Melanchthon stimmte dem Beja ausdrücklich zu.

Recht charakteristisch für Luther und Melanchthon ist deren Haltung gegenüber der Doppelehe Philipps von Hessen.

Landgraf Philipp, für dessen in Kassel geplantes Denkmal Kaiser Wilhelm I. 10000 Mk. gegeben hat, eine der fürstlichen Stützen der Reformation, faßte um 1540 eine heftige Leidenschaft für ein Hoffräulein seiner Schwester. Margarete von Sale, so hieß das Fräulein, wollte nicht die Maitresse des Landgrafen sein, und dieser, der schon verheirathet war, kam auf den Ausweg einer Doppelehe. Die Mutter Margaretas stimmte dem Plane zu, verlangte aber vornehme und berühmte Trauzeugen, darunter Luther und Melanchthon. Der „Reformator" Bucer ward für die Sache gewonnen und übernahm es, Luther und Melanchthon zu gewinnen. Bucer gab auch den Rath, die Sache geheim zu halten, „damit Alles zum Lobe Gottes reichlich gefördert werde".

Der Hoftheologe Bucer brachte den beiden Wittenberger Reformatoren ein Schreiben Philipps, worin dieser sagte, er läge in Ehebruch und Unzucht, und um aus des Teufels Stricken zu kommen, wünsche er „zu dem allbereits habenden Weib noch ein Weib". Er wollte auch aus der Bibel beweisen, daß Vielweiberei nicht verboten sei. Wenn Luther und Melanchthon ihre Zustimmung zu der Doppelehe verweigern sollten, drohte Philipp, werde er sich an den Kaiser wenden.

Der Landgraf kannte seine Pappenheimer. Die Drohung mit dem Kaiser wirkte. Alsbald schrieben ihm die beiden Gottesmänner, wenn er nicht anders könne, so möge er eben noch ein Weib nehmen, doch möge er die Sache heimlich halten, der üblen Nachrede wegen. Daraufhin gab auch der Kurfürst von Sachsen seine Zustimmung zu der Sache.

Mit seiner Frau wurde Philipp auch fertig, da er ihr versprach, sie „als erste und oberste Gemahlin" zu halten. Margarete sperrte sich noch einmal, wurde aber mit Drohungen und Schmeicheleien nachgiebig gemacht, worauf am 4. März 1540 die Trauung zu Rotenburg an der Fulda vollzogen wurde. Melanchthon war zugegen. Luther empfahl noch einmal, die Sache geheim

---

Dorenberg.

Erzählung von Adolph Streckfuß.

(13. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Clara sah sinnend vor sich nieder, dann schaute sie mit feuchtem Blick auf und sagte:

„Ich darf Ihnen keine Unwahrheit sagen, und ich würde es thun, wollte ich leugnen, daß ich einen Verdacht habe; aber ich würde es für ein Verbrechen halten, denselben auszusprechen; ich werde mich nie dazu entschließen können."

„Ich will jetzt nicht in Sie dringen, mein gnädiges Fräulein; aber erlauben Sie mir noch einige Fragen. Herr Heldreich, der uns soeben verlassen hat, war er häufig in Ihrem Hause?"

„Täglich; der gute Vater liebte ihn, wie seinen Sohn."

„War er gestern Abend nicht hier?"

„Um Gotteswillen," schrie Clara entsetzt auf, „Sie glauben doch nicht etwa — Eine solche Idee wäre ein Wahnsinn, eine Gotteslästerung! Carl, der den Vater so liebte! Nein, ehe ich dulde, daß auf ihn nur eine Sekunde der Schatten eines unreinen Gedankens fällt, eher will ich — nein! Wer könnte so wahnsinnig sein? Sprechen Sie, Herr Lieutenant, haben sie an Carl gedacht?"

„Gewiß nicht, mein gnädiges Fräulein. Ich bitte Sie, beruhigen Sie sich. Ich weiß nun, daß Ihr Verdacht nicht Herrn Heldreich trifft; das ist Alles, was ich wissen wollte."

Mit diesen Worten empfahl sich der Polizei-Lieutenant. Er nahm im Zimmer des Majors ein ausführliches Protokoll über den Thatbestand auf, ließ dasselbe vom Arzt und von Heldreich unterzeichnen und entfernte sich mit der Bemerkung, daß er sofort die nöthige Anzeige beim Kriminalgericht machen werde. Bis dahin verschloß und versiegelte er das Zimmer des Majors, damit die Gerichtsbeamten sicherlich in der Lage der Dinge nichts verändert fänden.

Als Heldreich nach Beendigung der Untersuchung zu Clara zurückkehrte, fand er diese eifrig mit dem Einpacken der Sachen beschäftigt.

„Noch einmal will ich den theuren Vater sehen", sagte sie weinend, „noch einmal seinen kalten Mund küssen, dann reise ich. Ich weiß es, die Kriminalbeamten würden mich bald zwingen, Alles zu sagen, was ich glaube oder denke; wäre dies doch beinahe dem Polizei-Lieutenant gelungen! Ich will und ich darf nicht als Anklägerin auftreten: das gebietet mir das Andenken des Vaters."

Sie blieb fest bei diesem Entschluß, so sehr sich Heldreich auch bemühte, sie von demselben abzubringen. „Ich handle im Geiste des Vaters und seinen Wünschen gemäß." Dies war der Grund, mit welchem sie alle Einwendungen widerlegte.

Stunden vergingen. Es wurde Nachmittag, ehe die Gerichtsbeamten erschienen, um noch einmal eine gründliche Untersuchung der Sachlage vorzunehmen. Etwas Neues fanden sie nicht, denn der umsichtige Polizist hatte bereits alles Bemerkenswerthe zu Protokoll genommen. Heldreich, die Aufwärterin und Clara mußten noch einmal ihre schon gegebenen Aussagen wiederholen, dann wurde der letzteren der Schlüssel zu ihres Vaters Zimmer zurückgegeben, nachdem ein genaues Inventarium aller im Zimmer vorhandenen Gegenstände aufgenommen worden war. Dies Alles wären lästige und zeitraubende Förmlichkeiten, und es wurde Abend, ehe sie beendet werden konnten. Endlich schieden die Gerichtsbeamten, Heldreich konnte die Leiche des Majors in dessen Schlafzimmer bringen lassen und dorthin führte er Clara zum letzten Abschied von ihrem Vater.

Clara saß lange, still weinend, vor dem Bett: sie hielt die kalte, starre Hand in der ihrigen, ihr Blick ruhte auf den theuren Zügen. Heldreich stand schweigend ihr zur Seite. Während des geschäftsreichen Tages hatten die Sorgen ihm kaum einen Augenblick Zeit zum Nachdenken gelassen; jetzt erst trat der Verlust, den auch er in seinem väterlichen Freunde erlitten hatte, in seiner ganzen Furchtbarkeit vor seine Seele und eine schwere Thräne rollte über seine Wange.

Clara schaute ihm voll und zärtlich ins Auge. „Sie weinen, theurer Freund!" sagte sie mild und weich, indem sie seine Hand ergriff; „Ihre Thränen sind mein liebster Trost. Ich weiß es ja, sein theures Andenken wird auch in Ihrem Herzen wohnen. Sie werden ihn und mich lieb behalten, wenn wir auch jetzt für lange, lange Zeit scheiden müssen."

„Clara, wollen Sie denn wirklich fort?"

„Ich muß! Glauben Sie nicht, daß es mir ein fürchterliches Opfer ist, diesen Ort zu verlassen, ehe ich den Vater zur ewigen Ruhe geleitet habe? Sie werden meine Stelle vertreten, Carl; Sie werden sein Grab ausschmücken, wie ich es gethan haben würde. Wenn ich zurückkomme, nachdem der Prozeß beendet ist, dann führen Sie mich zu der theuren Ruhestätte, die ich Ihrer Obhut überlasse."

„Aber, Clara, Sie haben keine nahen Verwandten, keine Freunde. Wohin wollen Sie? Wie können Sie, ein schutzloses, junges Mädchen, sich in die Welt hinauswagen, einsam, verlassen. Wollen Sie denn einmal fort, nun wohl, dann will ich Sie zu meinen Eltern bringen. Dort auf dem entlegenen Pfarrhofe wird Niemand Sie vermuthen. Sie werden in meinem Vater einen zweiten Vater, in meiner Mutter eine Mutter finden."

Sie schüttelte traurig das Haupt. „Auch dies geht nicht an. Man würde Sie fragen, wohin ich gereist sei und mich dort vernehmen. Sie müssen, wenn man Ihren

zu halten, weil sonst „auch die groben Bauern“ dem Beispiel des Landgrafen folgen möchten, und bedankte sich für „die Fuder Weins rheinisch“, die ihm der Landgraf geschickt.

Die Sache blieb aber nicht verschwiegen und erregte großes Aergerniß, namentlich da Philipp's Hofprediger Melander auf der Kanzel die Vielweiberei als für erlaubt darstellte. Das machte den Wittenberger Reformatoren um so größere Sorgen, als man im Volke sagte, Luther habe für ein Fuder Wein die Doppelehe erlaubt. Bucer verlangte, der Landgraf solle die Margarethe für seine Maitresse erklären und die Heirath öffentlich ableugnen; Luther schloß sich ihm an. Der Landgraf ward wüthend, da ihm die Reformatoren doch vorher zugestimmt hatten, und schrieb einen sackgroben Brief an Luther, worin er ihm vorwarf, daß man in Wittenberg doch auch „Laster, Ehebruch, Wucher und Vollsaufen“ ruhig mit ansehe und für keine Sünde mehr halte. Luther sagte, er sei „dickhäutig“ und mache sich nicht viel daraus. Der furchtsame Melanchthon aber jammerte, er sei betrogen worden. Der scheinheilige Reformator konnte damit allerdings Niemand überzeugen, daß er so ein unschuldig Lämmlein sei, wie er that.

Als Philipp die Sache unangenehm wurde, drohte er mit Enthüllungen über andere protestantische Fürsten. Schließlich erschien auch noch eine Schrift, die man dem Bucer zuschrieb, und die für Gestattung der Doppelehe und Vielweiberei eintrat.

Wir brauchen über die Rolle der Wittenberger Reformatoren in dieser Sache kein Wort weiter zu verlieren — Niemand wird diese Rolle etwa für schön halten!

Luther und Melanchthon haben die theologischen Zänkereien in einer Weise ausgesponnen, wie fast kaum Jemand zuvor. Melanchthon ging ganz darin auf. Er hatte, wie Zimmermann sagt, nur das Rauschen der Blätter seiner Folianten, aber niemals das Rauschen des frischen, wirklichen Lebens vernommen. Von solchen Leuten kann kein Heil für ein unter tausendjährigem Druck leidendes Volk kommen und die theologischen Zänkereien haben nachher noch des Schadens genug angerichtet.

Auf der alten Pleißenburg zu Leipzig hat bekanntlich am 19. Juli 1519 jene Disputation begonnen, bei der sich Luther, Karlstadt, Melanchthon und Eck drei Wochen lang miteinander herumstritten. Man hat davon seiner Zeit viel Aufhebens gemacht: aber wer außer den Theologen selbst interessirt sich heute noch dafür, was damals gestritten worden ist?

Längst hat die Geschichte gesagt: „Schwamm drüber!“

Soziales und Partei-Leben.

Ein Opfer der Militärjustiz. Am 7. Februar schlug für den schwergeprüften Genossen Heinrich Becker aus Saalfeld nach zweieinvierteljähriger Einkerkerung die Stunde der Erlösung! Er ist ein Opfer des Militärstrafgesetzes, das etwas als ein strafwürdiges Vergehen stempelt, was einem Zivilmenschen unverwehrt ist, zu sagen. Hoffentlich ist nun das ungeheure Verbrechen der „[illegible]regung am Dienst“ genügend gesühnt. Ein blühendes Menschenleben 27 Monate abgeschlossen von der Welt, welch eine Tortur. Genosse Becker wird, das wissen wir gewiß und ging aus seinen während dieser Zeit eingegangenen Lebenszeichen hervor, ungebrochenen Geistes als Streiter wieder in unsere Reihen eintreten; hoffentlich ist auch sein körperliches Befinden ein gutes.

Wie der Verband deutscher Handlungsgehülfen nothleidende Mitglieder unterstützt. Die Mitglieder des Verbandes deutscher Handlungsgehülfen haben statutenmäßig das Recht auf Unterstützung bei Stellenlosigkeit, wenn sie länger als zwei Jahre Mitglied sind. Ein Mitglied des Verbandes, das seit drei Jahren die Mitgliedschaft des Verbandes besitzt, wurde im Oktober v. J. in einer Stadt Brandenburgs stellungslos. Er nahm die Unterstützung nicht in Anspruch. Ende Januar erhielt er eine Stellung in einer Stadt in Süddeutschland. Da infolge der viermonatlichen Arbeitslosigkeit seine Mittel erschöpft waren, hoffte er mit Hülfe des Verbandes nach seinem neuen Arbeitsort zu gelangen. Er trat deshalb seine Reise an, hatte aber nur Fahrgeld bis Leipzig und ersuchte hier den Verband um die Mittel zur Weiterreise. Der Direktor des Verbandes, Herr Bernhardt, lehnte die Hergabe des Reisegeldes mit der Motivirung ab, daß jener nicht mehr stellungslos sei, sondern ja in Stellung fahre. In seiner Verzweiflung wandte sich das Mitglied telegraphisch an seinen neuen Prinzipal, erhielt aber die Antwort: „Geld sende ich nicht. Wenn Sie die Stellung am 1. Februar nicht antreten, trete vom Vertrage zurück. Sofort Antwort!“ In seiner höchsten Noth wandte er sich an die Freie Vereinigung der Kaufleute Leipzigs, die ihm, obgleich sie keinen Unterstützungsfonds für Stellungslose hat, ein Darlehen gab, so daß er sein Reiseziel erreichen konnte. Den Handelsangestellten sei dieser Vorgang ein erneuter Beweis dafür, auf welche Unterstützungsbereitschaft sie bei dem harmonieduslerischen Verbande zu rechnen haben.

Die sozialistische Bewegung in Bulgarien. Die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten für den nowipasarischen Wahlbezirk, Sakasoff, ist ohne irgend welche Ursachen kassirt worden. Somit bleibt in der Nationalversammlung Bulgariens nur ein Vertreter der Sozialdemokratie, nämlich der pawlikonische Abgeordnete Gabrowsky. In Rustschuk, eine der größten Städte Bulgariens, wo bis jetzt die Arbeiterbewegung keine Wurzeln fassen konnte, ist eine allgemeine Arbeitervereinigung gegründet worden. Zur Zeit zählt die Vereinigung 55 Mieglieder. Die Zahl ist nicht klein für dortige Verhältnisse. Bemerkenswerth ist, daß die Initiative für die Begründung der Vereinigung von den Arbeiterr selbst ergriffen worden ist, und nicht, wie gewöhnlich in Bulgarien, von der sogenannten Intelligenz. Auch die Arbeiter veranstalten Versammlungen, halten Vorträge u. s. w. Die sozialistische Bewegung in Bulgarien fängt an, reine Arbeiterbewegung zu werden, d. h. sie ist auf dem Wege einen Aufschwung zu nehmen.

Aus Nah und Fern.

Nelly Kneebs. In letzter Woche ist in Berlin ein Prozeß geführt worden, der, wie es in den Blättern heißt, in Sportskreisen große Aufmerksamkeit erregt hat. Ein Amerikaner ließ auf hiesigen Rennbahnen unter falschem Namen ein Pferd laufen, das in Sportskreisen eine große Berühmtheit erlangt hatte. Die Sache kam heraus und nach langen Untersuchungen wurde endlich der Betrüger wegen seiner Handlungsweise bestraft. Der Fall interessirt uns, da wir dem Sportsleben durchaus ferne stehen, nicht mehr als irgend ein anderer beliebiger Betrugsfall. Interessant an ihm ist nur die Art und Weise, wie die Berliner Presse sowohl wie die auswärtigen Blätter diesen Fall behandeln. Als ob eine Haupt- und Staatsaktion im Gange wäre, so drücken sich die Berichterstatter der in- und ausländischen Presse im Gerichtssaal, und mit einer Ausführlichkeit wird der Schwindel des Amerikaners behandelt, als ob von seiner Ueberführung das Wohl und Wehe eines ganzen Volkes abhinge. Spaltenlange Berichte bringen die hiesigen Zeitungen, die ausführlichsten Telegramme werden nach auswärts aufgegeben. Das Pferd Nelly Kneebs wird berühmter als der bedeutendste Staatsmann. Hat es doch der Fiskus auf sich genommen, wohl ein Jahr lang diese falsche Nelly Kneebs gegen 120 Mk. monatlich verpflegen zu lassen, hat man doch einen Professor der Thierarzneischule von Gerichtswegen zur Aufklärung des Schwindels extra nach Amerika gesandt. Es wäre verfehlt, der Presse wegen der Aufbauschung dieses Falles Vorwürfe zu machen. Nein, das Berliner Publikum — abgesehen von den Arbeitermassen — ist auf alles, was mit dem Rennsport zusammenhängt, so versessen, daß es in der Kunde der besten Renner besser Bescheid weiß, wie über die ersten Redner im Reichstage. Wie das Volk in der römischen Kaiserzeit nach den circenses (Spielen) lief, so lechzt das Berliner Publikum heute nach den Rennen mit ihrer Aufregung, ihren Wetten, ihrem Totalisator, ihrer Laszivität und ihren Orgien. Um einem Rennen beiwohnen zu können, dafür werden die Einnahmen oft einer ganzen Woche geopfert. Und was wird den Zureitern und Jokays gehuldigt, wie werden sie von dem Volke gefeiert. Vergleiche hinken zwar, aber es ist was daran, wenn man schon die Rennplätze die Börsen der Junker genannt hat.

Man kennt das sportlustige Volk und man spekulirt auf seine ersparten Groschen. Gehts schief und kracht eine hocharistokratische Existenz zusammen, so bedauert man solche Fälle achselzuckend, denkt aber nicht daran, daß die Sportsucht des Publikums und die geduldete Rennerei an dem Unglück schuld waren. Ein ganz bezeichnendes Opfer hat diese Manie hier wieder gefordert. Soeben ist hinter dem Grafen Ernst August v. d. Decken ein Steckbrief erlassen worden. Der Herr Graf war schon im Hannoverschen Spielerprozeß belastet worden und mußte damals seine Offizierskarriere quittiren. Er kam nach Berlin um Jura zu studiren. Sein Papa hielt ihn sehr knapp und als einstiger Erbe des Majorats war er um Kredit nicht verlegen. Er machte Schulden und hatte den kühnen Plan, diese Schulden durch Glück auf den Rennplätzen ausgleichen zu können. Bald hatte er sich einen großen Rennstall eingerichtet und nun mußte die Rettung aus den finanziellen Bedrängnissen bald kommen. Denn seine Pferde mußten gewinnen. Etwas anderes gab es nicht. Der Rennstall kostete ein Heidengeld, die Gewinne wollten sich aber nicht einstellen. Nun ging ganz langsam, aber ganz nothwendig der Kredit aus, die Gläubiger wurden unbequem und der Herr Graf ließ sich auf Wechselschiebung ein. Die Gewinne blieben weiter aus und der Herr Graf versuchte sein Heil in Wechselfälschungen. Nun, die Sache kam ans Tageslicht, der Herr Graf roch Lunte und rückte aus — übers Wasser nach Amerika. Hinterher ist nun der Steckbrief erschienen . . . Das ist so eine Folge des gefeierten Rennsports. Wenn ein Herr Graf sich die Finger verbrennt, spricht alle Welt davon. Wie im Publikum aber die Sportsucht soziale Verheerungen anrichtet, darüber verlautet wenig und doch sind diese Verheerungen weit schlimmer, als eine verkrachte Junkerexistenz.

Die Farbe der Eidotter ist bei den von verschiedenen Stellen bezogenen Eiern im gekochten Zustande fast immer verschieden, und diese Färbung ist wohl auf die verschiedene Beschaffenheit des Futters zurückzuführen. Diese Beobachtung bezieht sich nicht nur auf die Hühnereier, sondern kann auch bei den sämmtlichen Eiern unseres Hofgeflügels gemacht werden. Ist z. B. ein Teich von großen überragenden Eichen umgeben, und werden die in das Wasser fallenden Eicheln von Enten genossen, so färbt sich der Eidotter infolge des auf den Eichelgenuß zurückzuführenden Tanningehaltes dunkel, er kann sich sogar beim Genusse von größereren Quantitäten, im gekochten Zustande so intensiv schwarz färben, daß man eventuell annimmt, das Ei sei verdorben, trotzdem derartige Eier weder an Geschmack, noch an Nährwerth verlieren. Füttert man ausschließlich mit Getreide, Mehl oder Kartoffeln, so bleibt der Eidotter blaßgelb, haben die Enten einen freien Auslauf, so daß ihnen Kerbthiere oder sonstiges mineralisches Futter zur Verfügung steht, so nimmt der Eidotter blaßgelbe Färbung an. Leben Enten auf salzhaltigen Gewässern und finden dort ausschließlich ihr Futter, so erhält der Dotter eine orangenfarbige Farbe, welche sich bei dem Eidotter der Seevögel und Strandvögel regelmäßig zeigt. Wenn man die Hühner mit Getreide, Kleie und gekochten Kartoffeln füttert, so ist der Eidotter ebenfalls blaßgelb; will man dagegen orangefarbenen Dotter erzielen, so schaffe man den Hühnern einen freien Auslauf, so daß sie Grünes oder Würmer finden oder man mische dem Futter etwas Cayennepfeffer zu, wodurch man dieselbe Wirkung erreicht.

Ich verlange, schwören können, daß Sie nicht wollen, wo ich bin. Außerdem kümmern Sie sich nicht um mich. So allein und schutzlos stehe ich nicht, wie Sie glauben. Ich werde, wenn auch nicht eine so liebevolle Aufnahme, wie bei Ihren Eltern, doch ein Asyl finden, wo ich in ruhiger Zurückgezogenheit die Trauerzeit verleben kann. Eine Freundin meiner verstorbenen guten Mama hat mich früher schon eingeladen, sie zu besuchen, zu dieser werde ich gehen.“

Jedes fernere Wort des Zuredens wäre vergeblich gewesen, das fühlte Heldreich. In dem weichen, sanften Ton, mit der Klara sprach, lag doch eine solche Festigkeit des Willens, eine solche überzeugungsvolle Entschlossenheit, daß er sie gewähren lassen mußte. Er führte sie auf ihr Zimmer zurück, half ihr beim Einpacken ihrer Sachen und fuhr am selben Abend mit ihr nach dem Bahnhofe. Wohin sie reisen wollte, erfuhr er nicht, denn vorsichtig hatte sie vorher ihr Fahrbillet gelöst.

Schweigend saßen sie Hand in Hand in dem Wartezimmer neben einander. Sie schauten sich innig und zärtlich in's Auge. Wie viel hatten sie sich noch zu sagen und doch vermochten sie es nicht, sie verstanden sich ja auch ohne Worte.

Die Flügelthüren des Wartezimmers wurden geöffnet; die geschäftige, [illegible], lärmende Menge stürzte nach dem Wagen, um gute Plätze zu erobern, sie folgten mechanisch dem Strome. Vor dem Einsteigen schloß er sie in seine Arme. „Leb' wohl, Klara, auf Wiedersehen! Und dann, dann bleibst Du immer bei mir!“

Sie antwortete ihm unter Thränen durch den Verlobungskuß.

Die Lokomotive stieß ihr gellendes Pfeifen aus, es schnitt ihm durch alle Nerven; dann sauste der brausende Zug fort. — ein weißes Taschentuch wehte ihm den letzten Abschied zu.

Er blieb stehen und schaute ihr nach, bis der Zug im Dunkel der Nacht verschwunden war, dann verließ er langsam den Bahnhof. Träumend ging er durch die volksbelebten Straßen der Residenz; er sah nichts in dem Volksgewühle, er hörte nichts von dem rasselnden Getöse der vorüberrollenden Wagen. Er hatte nur einen Gedanken, ein Gefühl des namenlosen Unglücks und doch wieder des Glückes, des innigsten Verlobtseins und der innigsten geistigen Verbindung mit ihr.

Als er sich endlich auf sein Lager warf, da war sein letzter Gedanke vor dem Entschlummern und der Gegenstand seiner Träume jener schmerzensreiche und dennoch so beglückende Abschiedskuß.

X.

Am folgenden Morgen in aller Frühe machte sich Heldreich auf den Weg zum Polizei-Lieutenant von Alt. Er hatte sich entschlossen, diesem seinen Verdacht gegen den Baron mitzutheilen. Der alte, gewiegte Kriminalist sollte dann entscheiden, ob es rathsam sei, den Gerichtsbehörden schon jetzt Anzeige zu machen, oder ob vielleicht noch weitere Privatnachforschungen über das Leben des Barons in letzter Zeit wünschenswerth seien. Heldreich zog es vor, sich an Herrn von Alt zu wenden, weil er bei diesem, seinem alten Freunde, die Anzeige gewissermaßen privatim machen konnte, während sie bei dem Polizei-Lieutenant, der die erste Untersuchung geleitet hatte, sofort einen amtlichen Charakter gewonnen hätte.

Herr von Alt empfing unsern jungen Freund mit seiner gewöhnlichen Herzlichkeit. „Ich erwarte Sie, Herr Heldreich“, sagte er, „eigentlich hoffte ich schon gestern Sie zu sehen. Ich nehme den tiefsten Antheil an ihrem Schmerz, denn ich weiß, was Sie an dem würdigen Major verloren haben. Früher, ehe der alte Arnburg sich in seinem kleinen Hause von aller Welt abschloß, weil er glaubte, jedermann müsse ihm die Schande seines hundsföttischen Neffen vorwerfen, war ich häufig mit ihm in Gesellschaft zusammen und habe ihn schätzen und lieben gelernt. Es hat mich überrascht, aber um so mehr gefreut, daß gerade Sie Zugang in dies Haus gefunden haben. Setzen Sie sich zu mir und schütten Sie mir Ihr Herz aus; ich weiß, Sie kommen, um sich Rath wegen dieses gräßlichen Ereignisses bei mir zu erholen. Sprechen Sie also, ich stehe Ihnen von Herzen gern zu Diensten.“

„Davon bin ich überzeugt, Herr von Alt, und deshalb komme ich, denn ich bedarf in der That Ihres Rathes dringender, als Sie glauben. Ich glaube den Mörder zu kennen, habe wichtige Verdachtsgründe und diese will ich Ihnen mittheilen, damit Sie beurtheilen, was ferner zu thun ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: August Krisch. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.